

Patricia Hornich

# EXTREMISMUS IN LIECHTENSTEIN MONITORINGBERICHT 2022

ANHANG: ZEITUNGSRECHERCHE



LIECHTENSTEIN-INSTITUT



# Das Selbstjustiz-Gericht der Reichsbürger

Wie gefährlich ist die staatsfeindliche Gruppierung «GCCL»? Und was will sie in Liechtenstein? Eine Kennerin der Szene gibt Auskunft.

Interview: Elias Quaderer

Seit September ist bekannt: Die Reichsbürger-Bewegung hat in Liechtenstein Fuss gefasst. Im Rahmen der Schliessung des Ruggeller Gasthofs Rössle verhaftete die Polizei **Carl-Peter Hofmann**, Gründer der staatsfeindlichen Bewegung «Global Court of the Common Law» (GCCL). Doch bis zum endgültigen Abschluss der Auslieferungsverhandlung wird Hofmann noch längere Zeit im Landesgefängnis bleiben. Im Land hat der GCCL bereits Anhänger gefunden. Aber wie ernst muss man die Gruppe nehmen? **Dies kann «Helvetia» beantworten.** Sie ist Mitglied bei «Sonnenstaatland», einer Aufklärungsplattform zum Thema Reichsbürger. Die Plattform trägt Informationen zu allerlei Reichsbürger-Gruppierungen zusammen – und gibt in manchen Fällen auch Hinweise an Behörden.

**Kurz und knapp: Was ist der «Global Court of the Common Law»?**

**Helvetia:** Der GCCL ist ein sogenanntes Fantasiegericht. Also eine Gruppierung, die von sich behauptet, sie könne Recht sprechen – und sie stelle das höchste Gericht überhaupt dar. Dabei weist der GCCL deutlich sektenartige Züge auf.

**Die Gruppierung wird der Reichsbürger-Szene zugeordnet. Trifft diese Kategorisierung zu?**

Ja, eindeutig. Allerdings muss der Begriff Reichsbürger allgemeiner gefasst werden. Bei Reichsbürgern handelt es sich nicht nur um Personen, die das Deutsche Reich wiederherstellen wollen. Sondern es ist ein Sammelbegriff für Gruppierungen, die Staaten und ihre Institutionen nicht anerkennen. Stattdessen sind sie bestrebt, eigene Institutionen – wie ein Gericht – aufzuzeichnen.

**Was für ein Gedankengut herrscht in diesem Fantasiegericht vor?**

Beim GCCL finden sich ähnliche Verschwörungsmythen wie in der bekannteren Qanon-Bewegung. Zum Beispiel, dass «böse Eliten» weltweit Kinder opfern und deren Blut trinken. Das Fantasiegericht sieht sich in der Aufgabe, diese «böse Elite» zu verurteilen. Dieser Verschwörungsmythos war im GCCL aber bereits vor Qanon fest verankert.

**Was ist unter einer Verurteilung des GCCL zu verstehen?**

Die Gruppe führt eine Art Register – eine Liste von allerlei Politikern und Mitarbeitern im Justizwesen. Alle auf-

**«Corona erwies sich für den GCCL als Glücksfall: Die Bewegung erlebte ein gewaltiges Wachstum.»**



Die Coronapandemie bescherte der Reichsbürger-Bewegung einen enormen Mitgliederzuwachs aus der Querdenker-Szene.

Bild: Keystone

geführten Personen werden mit dem Prädikat «pädophil» oder «Vergewaltiger» versehen. Manchmal stellt Carl-Peter Hofmann auch Pseudo-Haftbefehle aus. So gegen den österreichischen Bundeskanzler Karl Nehammer.

**Wie viele Mitglieder zählt der GCCL aktuell?**

Am grössten ist die Gruppierung in der Schweiz. Dort zählt sie nach aktuellen Informationen von «Sonnenstaatland» gut tausend Mitglieder. In Deutschland hat die Gruppe mehrere Hundert Anhänger. Für Liechtenstein sind mir keine exakte Zahlen bekannt. Die Grösse dürfte sich im niedrigen zweistelligen Bereich bewegen.

**Und in Österreich?**

In Österreich gilt die Organisation als zerschlagen, nachdem im Frühjahr 2020 die Behörden eine Razzia durchführten und einige Mitglieder verhafteten. Natürlich will der GCCL wieder in Österreich Fuss fassen. Bislang war er aber erfolglos.

**Haben Sie eine Erklärung, weshalb die Gruppe in der Schweiz so viele Anhänger findet?**

Hofmann und seine Entourage haben ihren Lebensmittelpunkt in die Schweiz verlegt. Das Zentrum der Anhänger befindet sich dabei im Raum St. Gallen, Appenzell und Thurgau. Ich gehe davon aus, dass dies mit der relativ starken Verbreitung von esoterischem und pseudomedizinischem Gedankengut in dieser Region zusammenhängt.

**Also sind vor allem Esoteriker Teil des GCCL?**

Hier ist zu unterscheiden zwischen dem GCCL vor und nach Corona. Hofmann gründete um 2016 ursprünglich in Deutschland eine Vorgängerorganisation – den GCLC. Diese Gruppierung zog vor allem Personen an, die im Clinch mit irgendwelchen Behörden standen.

**Was geschah mit der Vorgängerorganisation?**

Wegen internen Querelen spaltete sich die Gruppe. Hofmann gründete mit ein paar letzten Getreuen den GCCL. Aber vor Corona war es eine kleine Truppe, der ich kaum Chancen zurechnete, zu wachsen.

**Was änderte sich nach dem Pandemie-Ausbruch?**

Corona erwies sich für den GCCL als Glücksfall: Die Bewegung erlebte ein gewaltiges Wachstum. Mittlerweile zählt das Fantasiegericht ähnlich viele

**«In der Schweiz sind auch Lehrer Mitglieder des GCCL. Das bereitet mir Sorgen.»**

Mitglieder wie die Vorläuferorganisation zu ihren besten Zeiten. Und beim typischen Mitglied handelt es sich nun um einen Massnahmengegner mit Hang zu Verschwörungstheorien.

**Und sie sind in der Regel Teil der Esoterik-Szene.**

Genau. Ein auffallend grosser Teil der Anhänger engagiert sich selbst im Bereich der Esoterik oder Pseudomedizin, oft sogar haupt- oder nebenberuflich. In der Schweiz sind aber auch Lehrer Mitglieder des GCCL. Das bereitet mir Sorgen.

**In Deutschland ist immer wieder zu lesen, dass sich Reichsbürger**

**bewaffnen. Wie gefährlich ist der GCCL?**

Soweit ich weiss, sammeln die Mitglieder des GCCL keine Waffen. Aber Gewaltfantasien sind vorhanden. So wird die Vorstellung geteilt, dass die Verantwortlichen für die Coronaschutzmassnahmen den Tod verdient hätten. Allerdings würde nicht der GCCL dieses Urteil vollstrecken, sondern ein nicht näher definiertes Militärgericht. Und mit ihrem Gedankengut radikalisieren sie ihre Mitglieder zu sehend, was zu gefährlichen Situationen führen könnte.

**Können Sie ein Beispiel dafür nennen?**

Beispielsweise wird die Schweizer Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) als Teil der Verschwörung gesehen, die Kinder opfert. Sollte nun ein GCCL-Mitglied tatsächlich Besuch von der Kesb bekommen, ist es schwierig zu sagen, wie das Mitglied reagiert. Zumal nicht ausgeschlossen werden kann, dass auch psychisch labile Personen im GCCL dabei sind.

**Seit wann ist der GCCL in Liechtenstein aktiv?**

Überraschenderweise wurde die Gruppe erst im Sommer 2021 auf das Fürstentum aufmerksam. Sie bekam Wind von der Maskenproblematik zwischen dem Gasthof Rössle und den Behörden. Hofmann persönlich baute in Windeseile eine Infrastruktur in Liechtenstein auf. Und er ernannte auch bald einen liechtensteinischen «Gebietsverantwortlichen».

**Warum ist für Hofmann Liechtenstein so interessant?**

Ich kann mir das nur mit einer Vorstellung erklären, die im GCCL kursiert. Dieser zufolge würde es genügen, wenige Prozent der Bevölkerung von der «Wahrheit» zu überzeugen, um «das System» zu kippen. Und im kleinen Liechtenstein ist dies einfacher als in der Schweiz.

**Erstmals Aufmerksamkeit erregte die Gruppe, als sie bei der Schliessung des Rössle aufmarschierte.**

Hier setzte der GCCL auf die «People Power». Das heisst: Mit schierem Massenschein wollen sie die Behörden einschüchtern. In diesem Fall planten sie, die Schliessung des Gasthofs zu verhindern. Hofmann hoffte, mit der Aktion eine Änderung des «Systems» in Liechtenstein einzuleiten.

**Es fällt schwer zu glauben, dass man mit diesen kruden Vorstellungen Menschen abholen kann.**

Personen, die dem GCCL beitreten, glauben bereits zuvor an Verschwörungstheorien. Aber überraschenderweise zieht viele Personen die Behauptung an, dass der GCCL von der UNO akzeptiert werde und auf biblischen Grundsätzen basiere. Beides ist natürlich völliger Quatsch. Ein weiteres erfolgreiches Werbemittel ist ihre ausgeklügelte Fantasiebürokratie inklusive der Fantasiedokumente, die sie verkaufen.

**Wie beurteilen Sie den Vertrieb der Fantasiedokumente?**

Insgesamt gibt es sechs solcher Fantasiedokumente. Zwei davon finde ich besonders bedenklich, weil sie echte Rechtsdokumente nachahmen. So eine Vorsorgevollmacht. Gemäss Schweizer Gesetzgebung muss eine solche Vollmacht handschriftlich angefertigt oder vom Notar beglaubigt sein. Die Vorsorgevollmacht des GCCL erfüllt beide Kriterien nicht. Verlässt sich jemand nur auf dieses Dokument, dann kommt in einem Vorsorgefall letztlich die Kesb und ernennt einen Beistand. Genau das, was GCCL-Mitglieder in der Regel nicht wollen.

**Und das zweite bedenkliche Dokument?**

Hier handelt es sich um ein angebliches Testament. Allerdings erfüllt es in diversen Ländern die Formvorschriften nicht. Also kann das Dokument bei einem Todesfall auch nicht berücksichtigt werden.

**Gibt es ehemalige GCCL-Mitglieder, die den Weg zur Realität zurückfanden?**

Ich kenne einige Personen, die sich vom GCCL lossagten. Aber meist kehrten sie wegen persönlicher Differenzen der Gruppierung den Rücken. Die Vorstellungswelt des GCCL behalten sie hingegen. Wenn jemand Verschwörungsmythen verfallt, ist es wahnsinnig schwierig, ihn aus dieser Welt herauszuholen.

**Was raten Sie den Behörden:**

**Wie ist mit dem GCCL umzugehen?** Nicht ignorieren. Die Behörden müssen stets ein wachsames Auge auf die Gruppierung werfen. Sicher wird der GCCL nie einen Staat umstürzen. Aber wenn man nichts unternimmt, kann es durchaus vorkommen, dass zwanzig Personen eine Behörde aufsuchen und die dortigen Angestellten einschüchtern.

**Wie sieht die Zukunft des GCCL aus, sollte Hofmann tatsächlich ausgeliefert werden?**

Meine Prognose lautet: Ohne Carl-Peter Hofmann wird es schwierig, die Gruppe zusammenzuhalten. Ich gehe davon aus, dass der GCCL über kurz oder lang in einzelne Teile zerfallen wird.

**Hinweis**

\*Name der Redaktion bekannt.

# Aktive politische Debatte ist der Schlüssel

Welche Gefahren birgt eine Abspaltung von der Gesellschaft und wie kann dies verhindert werden? Christian Frommelt erklärt.

Interview\*: Julia Strauss

Uneins mit den Regierungsmassnahmen, dem politischen System und den Medien sowie: Ein Teil der Corona-Protestbewegung spricht darüber, die geltende Demokratie nicht mehr zu akzeptieren und sich gänzlich von der Gesellschaft abzuspalten. **Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein Instituts**, spricht über die Gefahren solch einer gewünschten Parallelgesellschaft.

**Herr Frommelt, kurz und knapp: Was ist eine Parallelgesellschaft??**

**Christian Frommelt:** Parallelgesellschaft ist ein Begriff aus der Soziologie. Seinen Ursprung hat der Begriff in der Debatte um die Integration von Ausländerinnen und Ausländern in den 1990er-Jahren. Vereinfacht ausgedrückt, versteht man darunter die siedlungsräumliche oder sozial-interaktive Abschottung einer ethnisch oder religiös homogenen Bevölkerungsgruppe von der Mehrheitsgesellschaft.

**In den einschlägigen Telegramm-Gruppen wird davon gesprochen, eine «zweite Regierung» zu installieren. Was würde noch benötigt werden für eine abgespaltene zweite Gesellschaft?**

Für die verschiedenen Protestbewegungen gegen die Coronapolitik finde ich den Begriff der Parallelgesellschaft nicht passend. Dafür ist die Gruppe der Coronaskeptiker viel zu hetero-



Christian Frommelt: «Eine zweite Regierung lässt sich nicht installieren.»

Bild: Tatjana Schnalzewer

sächlich zugelassen wird, hängt aber wiederum von den Verfahren des jeweiligen nationalen Gesundheitssystems ab.

Eine «zweite Regierung» hingegen lässt sich nicht installieren. Das ist eine ziemlich abstruse Vorstellung. Denn die Ausübung hoheitlicher Macht durch eine Regierung kann nur innerhalb eines Staatsgebietes erfolgen und einen neuen Staat kann man nicht einfach so gründen.

**Sehen Sie es als realistisch, dass solche Parallelgesellschaften, als Beispiel die Reichsbürger, bereits existieren?**

Es ist unstritten, ob vollständige Parallelgesellschaften im eigentlichen Sinne tatsächlich existieren. Aber natürlich gibt es weltweit etliche mehr oder weniger autonome Gemeinschaften und Bewegungen, die verschiedene Merkmale von Parallelgesellschaften aufweisen. Die Reichsbürgerbewegung würde ich aber vor allem unter dem Phänomen des politischen Extremismus betrachten. Bei Reichsbürgern oder Selbstverwaltern handelt es sich um Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven wie z.B. unter Berufung auf das historische Deutsche Reich oder verschwörungstheoretische Argumentationsmuster die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und damit deren Rechtssystem und gewählte Repräsentanten ablehnen.

**In welchem ideologischen Umfeld bewegen sich solche Gruppierungen?**

Sowohl organisatorisch als auch ideologisch ist die Bewegung sehr heterogen. So lassen sich

beispielsweise nur bei einem kleinen Teil der Szene rechtsextremistische Ideologiemerkmale beobachten. Gemeinsam ist den verschiedenen, teils miteinander konkurrierenden Gruppierungen und Strömungen einzig die Ablehnung der Bundesrepublik als souveräner und legitimer Staat.

**Ist eine Gruppierung wie die der Reichsbürger gefährlich für die Demokratie?**

Die Reichsbürgerbewegung zeichnet sich durch eine gewisse Waffenaffinität und Militanz aus. Entsprechend wird sie gerade in Deutschland eng durch den Verfassungsschutz beobachtet. Eine ernsthafte Bedrohung der Demokratie in den deutschsprachigen Staaten sehe ich durch die Reichsbürgerbewegung aber im Moment nicht. Dafür ist sie zu klein und zu zerstreut. Auch wenn wir den Blick über extremistische Bewegungen hinaus auf die aktuellen Proteste gegen die Coronapolitik richten, sehe ich die Demokratie nicht gefährdet.

**Der Begriffe Spaltung der Gesellschaft und Vertrauensverlust tauchen überall auf? Gibt es hier Anlass zur Sorge?**

Vielerorts hat das Vertrauen in die politischen Institutionen in der Krise insgesamt eher zugenommen. Ebenso würde ich die aktuell oft betonte Spaltung der Gesellschaft relativieren. Eine solche Spaltung suggeriert, dass sich zwei gleich grosse Lager unversöhnlich gegenüberstehen. Das ist aus zweierlei Gründen aber nicht der Fall. Einerseits bilden die Massenwählerbefürworter die grosse Mehrheit und andererseits gibt es sowohl bei den Massnahmenbefürwortern als auch

-gegnern Radikale und Gemässigte, wobei Letztere auf beiden Seiten die Mehrheit bilden.

**Und trotzdem gibt es darunter Personen, die nicht mehr gemässigt unterwegs sind.**

Selbstverständlich hat sich die Gesellschaft im Zuge der Coronapandemie weiter polarisiert und in Teilen leider auch radikalisiert. Diese Entwicklungen sollten nicht unterschätzt werden. Die Demokratie ist damit aber nicht bedroht.

**Wo liegt der Unterschied zwischen harmlosen Fantasien und dem Überschreiten von roten Linien?**

Das lässt sich nicht so pauschal sagen. Die Ablehnung der staatlichen Ordnung und der Grundprinzipien der Demokratie sollte nie verharmlost werden. Allerdings macht es natürlich einen grossen Unterschied, ob sich jemand in die Selbstversorgung zurückzieht oder öffentlich gegen den Staat agitiert. Für die Sicherheitsbehörden ist es wichtig, Radikalisierungsprozesse früh zu erkennen.

**Sehen Sie auch die Medien in der Pflicht?**

**«Die Gesellschaft hat sich weiter polarisiert und in Teilen leider auch radikalisiert. Diese Entwicklungen sollten nicht unterschätzt werden.»**

**Christian Frommelt**  
Liechtenstein Institut

Gedankengut sind demnach zwar deutlich sichtbarer geworden, ihre Anhängerschaft hat sich aber nur geringfügig vergrössert und vor allem haben sie, auf die Gesamtbevölkerung betrachtet, nicht mehr Zuspänspruch erhalten. Das ist aber nur eine Momentaufnahme und muss weiter beobachtet werden.

**Was kann die Gesellschaft tun, damit diese Personen wieder zurückfinden?**

Bei extremistischen Bewegungen wie den Reichsbürgern kommt es nur selten zu einer dauerhaften Lossagung von der Szene. Im Zentrum stehen deshalb Bemühungen gegen eine weitere Radikalisierung und vor allem gegen eine weitere Verbreitung von radikalem Gedankengut. Zu den möglichen Mitteln hierfür zählen Aufklärung und Sensibilisierung ebenso wie das gezielte Monitoring und die Analyse entsprechender Aktivitäten und Bewegungen.

**Und wie muss sich die Politik bemühen?**

Verschwörungstheorien sind ferner immer auch ein Symptom für die Entfremdung von der institutionalisierten Politik. Politische Bildung und Partizipation können hier helfen. Das Wichtigste ist aber nach meiner Meinung, dass sich die öffentliche Debatte nicht nur auf einzelne politische Themen konzentriert. Es soll in der Politik nie nur um Corona, den Klimawandel, die Migration oder sonst irgendeines dieser dominanten Themen gehen.

**Stichwort politische Debatte. Kam diese in der Coronapandemie zu kurz?**

**«Radikalisierung findet nie ganz ungewollt statt.»**

**Christian Frommelt**  
Forschungsleiter Politik am Liechtenstein Institut

Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger ganz unterschiedliche Interessen, Werte und Meinungen haben. Der Schlüssel, um diese Vielfalt und diesen Pluralismus zu managen, ist die aktive politische Debatte. In der Coronapandemie kam diese Debatte tatsächlich zu kurz und die Politik hatte die Züge einer Technokratie. Das war krisenbedingt nötig, kann auf Dauer aber nicht funktionieren.

**Hinweis\*:** Das Interview wurde schriftlich geführt.

**«Nur ein kleiner Teil ist rechts-extrem.»**



**Christian Frommelt**  
Direktor  
Liechtenstein Institut

gen. Allenfalls kann man von einer sozialen und kommunikativen Segregation sprechen, wonach man sich nur mehr mit Gleichgesinnten trifft. Bei den Bestrebungen von einzelnen Coronaskeptikern nach eigenen Institutionen ist zwischen privaten und öffentlichen Institutionen zu differenzieren.

**Dann ist es in der Theorie möglich, private Institutionen zu errichten?**

Private Institutionen wie beispielsweise Krankenkassen können mit den nötigen Ressourcen theoretisch durchaus errichtet werden. Ob dann eine solche neue Krankenkasse tat-

# «Wichtig, zu kämpfen, woran man glaubt»

Mit der Ankündigung von Werner Stocker, nun doch Unterschriften zur Auflösung des Landtags zu sammeln, erntete er nicht nur Lob.

Interview: Desirée Vogt

Es ist eine emotionale Achterbahn, die der Balzner Werner Stocker dieser Tage fährt. Vor etwas mehr als einer Woche musste er Abschied von seiner Frau Jeannette nehmen, die in den vergangenen Monaten für viele «Un-erhörte» ein Vorbild war und ihnen an den Demonstrationen Kraft und Mut zusprach, für ihre Ziele zu kämpfen und nie aufzugeben. Und obwohl der Verlust schwer wiegt, will auch Werner Stocker genau das tun: nicht aufgeben. Am Montag kündigte er an, ein Sammelbegehren für ein begründetes schriftliches Verlangen einer Volksabstimmung zur Auflösung des Landtags einzureichen. Das brachte ihm an der Demo selbst viel Applaus und Respekt. In den sozialen Medien aber auch viel Shitstorm.

**Herr Stocker, Ihre Frau Jeannette ist vergangene Woche im Alter von 41 Jahren verstorben. Was sich viele fragen – warum stehen Sie eine Woche später auf dem Peter-Kaiser-Platz, wo gegen Massnahmen zur Eindämmung des Coronavirus gekämpft wird und kündigen eine Unterschriftensammlung an?**  
Werner Stocker: Mir sind die Gerüchte bekannt, die kursieren, aber ich werde mich zur Todesursache meiner Frau nicht äussern. Das ist Privatsache. Dass ich bereits nach einer Woche ans Mikrofon getreten bin, sah ich unter anderem als meine Pflicht an. Der Tod meiner Frau hat sehr viele Menschen gelähmt. Jeannette war an den Demonstrationen für viele ein Leuchtfener. Sie hat die Menschen alleine aufgrund ihrer Präsenz und mit ihrer optimistischen und herzlichen Art motiviert. Ihr Tod hat alle sehr schockiert.

**Sie wollen also für Ihre Frau weiterkämpfen?**

Wer mir am Montag richtig zugehört hat, hat verstanden: Ich nehme Jeannette nicht als Grund für mein Handeln, sondern als meine Motivation. Sie hat nicht alles, was ich gemacht habe, für gut befunden. Wir hatten beide unterschiedliche Stossrichtungen und teilweise auch unterschiedliche Meinungen. Aber sie hat mich immer dazu motiviert, dafür zu kämpfen, woran ich glaube.

**Auf Social Media wurden sie stark dafür kritisiert, dass Sie nun tun, was Sie tun. Und dass es der falsche Weg sei, um zu trauern. Wie gehen Sie mit solchen Aussagen um?**

Das hat mich sehr verletzt. Nur weil ich mich politisch engagiere, bedeutet das nicht, dass ich nicht wahnsinnig traurig und am Boden zerstört bin. Ich fahre gefühlsmässig Achterbahn. Deshalb bin ich mir auch bewusst, dass ich mit meinen Kräften haushalten muss. Oft bin ich am Abend fix und fertig. Aber Jeannettes unverbesserlicher Optimismus, den ich nach wie vor spüre, gibt mir die Energie weiterzumachen. Ich will zeigen, dass man ihr Wirken als Motivation nehmen soll, nicht die Faust im Sack zu machen, sondern aktiv zu werden. Ich möchte einfach, dass meine Familie und besonders meine Kinder aus dieser ganzen Sache rausgehalten werden. Es ist einzig und alleine mein Weg und meine Entscheidung.

**Nun haben Sie also ein Sammelbegehren eingereicht, das von langer Hand vorbereitet und nun finalisiert wurde. Was werfen Sie dem Landtag konkret vor?**

Der Landtag hat während der gesamten Krise absolut nichts gemacht, um als Legislative Einfluss auf die Entscheidungen der Regierung zu nehmen und mitzubestimmen. Er hat auch nichts unternommen, um die breite Diskussion in der Bevölkerung zu fördern. Dabei haben alle einen Eid geschworen. Sie sind die Vertreter des Volkes und haben ihm gegenüber auch die Pflicht, sich für es einzusetzen. Der Widerstand hat sich nur formiert, weil kein Politiker hingehört hat, die Menschen fühlen sich einfach übergangen. Und die Gruppe an Kritikern – egal in Bezug auf welche Massnahme – wurde immer grösser. Mit der Maskenpflicht für Kinder sind nun viele Eltern dazugestossen, die sich in ihren Sorgen und Ängsten nicht ernstgenommen fühlen. Man kann Entscheidungen nicht immer nur auf Fakten und Wissenschaft stützen. In dieser Krise geht es auch um viele Emotionen. Und es ist massiv unterschätzt worden, was diese Krise mit der Psyche der Menschen angerichtet hat.

**Was soll die Unterschriftensammlung daran ändern können?**



«Nur weil ich mich engagiere, heisst das nicht, dass ich nicht trauere», stellt Werner Stocker klar.

Bild: Daniel Schwendener

**Spaltet sie nicht eher, als dass sie zusammenschweisst?**

Der soziale Frieden soll wieder hergestellt werden. Wir wollen einen breiten Dialog fördern und die Spaltung der Gesellschaft verhindern. Wir wollen auch mit all jenen in den Dialog treten, die uns Schwurbler, rechtsradikal oder wie auch immer nennen. Wir wollen einfach ein Miteinander. Je mehr Leute in einer Krise am selben Strick ziehen, umso schneller ist sie vorbei. Unsere Stärke ist die direkte Demokratie. Das Volk hat in der Vergangenheit immer vernünftig entschieden. Wir sind überzeugt, dass der soziale Frieden nur entstehen kann, wenn er freiwillig und nicht erzwungen ist. Es geht darum, dass sich die Menschen gehört und ernstgenommen fühlen. Die Unterschriftensammlung ist ein Gradmesser der Zufriedenheit der stimmberechtigten Einwohner bzw. ob sie damit einverstanden sind, wie sich der Landtag in dieser Krise verhalten hat. Falls es doch zu keiner Auflösung des Landtages gibt, dann weiss der Landtag zumindest, wie gross die Menge an Kritikern ist, um den Kurs des Landtags zu optimieren. Vor allem geht es auch darum, die Balance zwischen Regierung und Landtag als Grundpfeiler der Gewaltentrennung im Staat wiederherzustellen und den Landtag dazu zu bewegen, eine aktivere Rolle einzunehmen.

**Und sollte es zu einer Landtagsauflösung kommen, wie geht es dann weiter?**

Das politische Parkett würde sich vermutlich schon leicht verschieben, zumal auch eine neue Partei gegründet wurde. Aber selbst wenn der Landtag danach wieder in derselben Zusammensetzung zusammenkommen würde, ist immerhin der Auftrag klar: Er

darf nicht weiter in der passiven Rolle verharren. Der Auftrag wird dann sein, Ziele, wie mit dieser Krise – und auch weiteren Krisen – umgegangen werden soll, ins Wahlprogramm aufzunehmen.

**Landtagsabgeordnete finden sich nicht an jeder Strassenecke – es wird immer schwieriger, Menschen für ein solches Amt zu gewinnen ...**

Mir ist bewusst, dass es nicht einfach ist, Menschen dafür zu gewinnen. Ich habe auch grössten Respekt vor all den Abgeordneten, die dieses Amt ausüben. Dennoch ist es jetzt wichtig, ein Signal zu setzen: Die 25 Abgeordneten müssen die Bedürfnisse des Volkes künftig ernst nehmen. Sie müssen solche Massnahmen hinterfragen, vor allem dann, wenn sie kaum oder keine Wirkung zeigen. Und auch Fakten von weiteren Experten dürfen nicht einfach ignoriert werden. Zur Zeit werden die Schwächsten unserer Gesellschaft mit Massnahmen drangsalieren. Und das, obwohl wissenschaftlich erwiesen ist, dass sie keine Pandemietreiber und selber auch nicht gefährdet sind. Das wird einfach ignoriert.

**Es gab durchaus die eine oder andere kritische Wortmeldung im Landtag. Und seit über einem Jahr wird Corona als Sonderthema in jeder Sitzung behandelt ...**

Und zeitgleich finden die grössten Demonstrationen statt. Bestehen des Landes vor den Augen und Ohren der Landtagsabgeordneten statt und nur ein Einziger davon hat sich blicken lassen. Das macht mich wütend und traurig, weil es uns ja genau um den Dialog geht. Ausserdem frage ich mich dann, was die nächste Krise bringt. Wird wieder so mit Andersden-

kenden umgegangen? Das macht mir Sorgen ...

**Corona hat alle an ihre Grenzen gebracht, viele Massnahmen waren nötig, um die Gesellschaft zu schützen. Oder sehen Sie das anders?**

Nein, das ist richtig. Aber langfristig müssen wir lernen, mit dieser Krankheit umzugehen und sie zu akzeptieren. Dann wird auch die Grundimmunität erhöht. Sicher wird man hier oder dort vorsichtig sein müssen, darüber zu entscheiden, wann und welche Massnahmen gelockert werden müssen. Aber am Ende muss man der Natur wieder ihren Lauf lassen. Dass meine Frau mit 41 Jahren gestorben ist, ist ein unglaublicher Schicksalsschlag. Aber ich bin mir auch darüber bewusst, dass es nicht die Regel, sondern eine Ausnahme ist, wenn jemand in so jungen Jahren sterben muss. Auch ich muss akzeptieren, dass der Tod zum Leben gehört. So schwer es auch ist, ich bin sehr dankbar für die Zeit mit ihr. Das gibt mir viel Kraft.

**Wie geht es nun konkret weiter mit der Unterschriftensammlung?**

Wir hätten die Aktion gerne früher gestartet. Im vergangenen Jahr wurde bereits viel Vorarbeit geleistet, jetzt konnten wir das letzte Puzzlestück einsetzen und haben den Brief mit dem Sammelbegehren nun an die Regierung geschickt. Wann der Start der Unterschriftensammlung erfolgt, kann ich allerdings nicht sagen. Ich gehe aber davon aus, dass dies zeitnah geschehen wird. Dann haben wir sechs Wochen Zeit, um 1500 Unterschriften zu sammeln und einzureichen. Und wir werden die 1500 Unterschriften zusammentragen: Davon bin ich überzeugt.

# Goldspende an Staatsfeinde: Millionär steht in Graz vor Gericht

Dem im Land wohnhaften Unternehmer Daniel Model wird die Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung vorgeworfen.

Seit September sitzt in Liechtenstein der Deutsche Carl-Peter Hofmann in Haft. Der Gründer des Fantasiegerichtshofs «GCCL» – einer staatsfeindlichen Gruppierung, welcher der Reichsbürger-Bewegung zugeordnet wird – ist seitens der Grazer Staatsanwaltschaft international zur Verhaftung ausgeschrieben. Allerdings reichte Hofmann beim Staatsgerichtshof Beschwerde gegen seine Auslieferung ein, womit der 61-jährige wohl noch bis Frühling in Liechtenstein sitzt. Derweil steht aber eine andere in Liechtenstein wohnhafte Person vor dem Grazer Landgericht: Der Schweizer Unternehmer Daniel Model. Wie das Landgericht auf Anfrage bestätigt, wird dem gebürtigen Thurgauer die Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung vorgeworfen.

## «Avalon» – ein imaginärer Staat im Thurgau

Konkret soll Model einen massgeblichen Einfluss beim Aufbau des österreichischen Fantasiegerichts «International Common Law Court of Justice Vienna» (ICCV) ausgeübt haben. Unter anderem habe der Unternehmer der Gruppierung Gold im Wert von 150 000 Euro gespendet. So berichtet die «Thur-

gauer Zeitung». Das österreichische Strafgesetzbuch sieht für das «Verbrechen der staatsfeindlichen Verbindung» eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis fünf Jahren vor. Für den Prozess beraumte das Grazer Landgericht zwei Sitzungstage am Dienstag und am Mittwoch an. Doch das Gericht kann nicht ausschliessen, dass noch weitere Prozessstage folgen werden.

Erstmals schweizweite Bekanntheit erlangte Model 2006, als er seinen eigenen Staat «Avalon» ausrief. Sechs Jahre später folgte die Einweihung seines palastartigen «Modelhofs», dem Regierungssitz des imaginären Staates im Thurgauer Dorf Müllheim. Anfang 2014 zog der Unternehmer, dessen Vermögen auf 200 bis 300 Millionen Franken geschätzt wird, nach Liechtenstein. Dabei sollen vor allem steuerliche Gründe den Umzug ins Fürstentum motiviert haben. Aber auch nachdem Model seinen Wohnsitz nach Liechtenstein verlegte, hielt er an der Idee seines imaginären Staates «Avalon» fest.

## Eigener Geheimdienst und bewaffnete Sheriffs

Der «Modelhof» wurde immer mehr zum Tummelplatz von



Daniel Model steht vor seinem «Regierungssitz»: dem «Modelhof».

Bild: Reto Martin/Thurgauer Zeitung

staatsfeindliche Gruppierungen, welche der Reichsbürger-Szene zugeordnet werden. So berichtete der «Tagesanzei-

ger», wie das besagte Fantasiegericht ICCJV 2016 auf den «Regierungssitz» von Avalon übersiedelte. Im gleichen Jahr

kamen noch Unterorganisationen des Fantasiegerichts hinzu: Die «International Intelligence Agency (IIA) als eine

Art Geheimdienst und die International Sheriff Association (ISA) als eine Schutztruppe. Nach den Vorstellungen des ICCJV sei die Sheriff-Vereinigung auch «aus der Immunität als Völkerrechtssubjekt» befreit, «geladene Waffen offen oder verdeckt zu tragen».

Allerdings: Im Herbst 2018 wurde in Österreich eine grössere Polizeiaktion gegen Personen aus der Staatsverweigererszene durchgeführt: Fast 300 Beamte durchsuchten in vier Bundesländern 19 Wohnungen und Häuser, beschlagnahmten Schuss- und Schlagwaffen sowie Pläne zum Bombenbauen. Mehrere Personen wurden verhaftet – darunter auch die Präsidenten und Vizepräsidenten der ICCJV-Unterorganisationen.

Doch Daniel Model habe zwischenzeitlich dem Gerichtshof und den dazugehörigen Unterorganisationen sein Gastrecht entzogen. Als Hauptgrund für den Streit erklärte Model gegenüber dem «Tagesanzeiger»: «Ich musste zur Kenntnis nehmen, dass persönliche Interessen wichtiger wurden als die übergeordnete Zielsetzung.»

Elias Quaderer



Der Traditionsbetrieb Landgasthof Rössle in Ruggell ist seit Ende November wieder geöffnet. (Archivfoto: Paul Trummer)

# Verdacht nicht erhärtet: Ermittlungen gegen Rösslewirtin eingestellt

**Ermittelt** Offenbar hatte die Staatsanwaltschaft Vorerhebungen gegen die Ruggeller Rösslewirtin Doris Öhri wegen des Verdachts der «Staatsfeindlichen Bewegung» eingeleitet. Das machte die Wirtfamilie am Donnerstag publik und teilte zugleich mit, dass die Ermittlungen eingestellt wurden.

**D**ass gegen die Wirtin des Landgasthofs Rössle ermittelt worden ist, war bislang nicht bekannt. Wie die Wirtfamilie des Ruggeller Traditionsgasthofs nun informiert,

war Doris Öhri offenbar wegen des Verdachts des Vergehens der Staatsfeindlichen Bewegung §247a Abs. 2 StGB ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten.

Hintergrund dürfte die Festnahme eines international gesuchten Deutschen, der der sogenannten Reichsbürger-Szene zugeordnet wird, sein. Der Mann war im Rahmen der behördlichen Schliessung des Gasthofs im September 2021 wegen Verstoss gegen die Coronaregeln im Rössle anwesend und wurde von der Polizei verhaftet.

Die Vorerhebungen gegen die Wirtin Doris Öhri wurden aber bereits Ende November wieder eingestellt, wie aus einem Schreiben der Staatsanwaltschaft hervorgeht, das der Landgasthof Rössle am Donnerstag den Medien zustellte. Das heisst, der An-

fangsverdacht der Staatsanwalt hat sich nicht erhärtet.

## Zahlreiche Vorwürfe

Beigefügt hat der Landgasthof zudem eine längere Pressemitteilung, in welcher zahlreiche Vorwürfe gegen Polizei, Behörden und Regierung erhoben werden. So wird diversen Personen bzw. Institutionen unterstellt, kriminell gehandelt zu haben. Dies zu prüfen, wäre wohl Angelegenheit eines Gerichts.

Auch gegen die lokalen Medien wird in einem Rundumschlag ausgeholt. Die Rede ist von einer angeblichen «Verleumdungskampagne». So seien die Rösslewirte von den Medien als «Reichsbürger», «Staatsverweigerer» und «Nazis» bezeichnet worden, was nachweislich falsch ist. Dem «Volksblatt» ist jedenfalls kein

Medium in Liechtenstein bekannt, das jemals einen dieser Begriffe mit Bezug auf die Wirtfamilie des Landgasthofs Rössle verwendet hätte. (red)

Haus Gutenberg

## Im Sog der «Plandemie» – Verschwörungsglaube und Esoterik in der Coronakrise

**BALZERS** Von der Anastasia-Bewegung bis zu QAnon: Rechte Esoteriker gewinnen immer mehr Zulauf.



Der Weltanschauungsexperte Matthias Pöhlmann, exzellenter Kenner der Szene, nennt die historischen Wurzeln und zeigt: Was

auf den ersten Blick als harmlose Spinnerei erscheint, birgt immensen gesellschaftlichen Sprengstoff. (pr)

### Über den Vortrag

- **Referent:** Matthias Pöhlmann (Foto)
- **Termin:** 26. Januar, 19 Uhr
- **(Kosten-)Beitrag:** 20 Franken (Abendkasse)
- Wir bitten um **Anmeldung**.
- Eine Veranstaltung der Reihe **«Ethik-Forum-Plus»**, die unterstützt wird von der Gedächtnisstiftung Peter Kaiser.

PARALLELGESELLSCHAFT

«Radikalisierung nie ganz ungewollt»



Christian Frommelt, Forschungleiter Politik am Institut. TATJANA SCHNALZGER

Eine eigene Regierung, eigene Krankenkasse, eigene Verwaltung: Massnahmenkritiker wünschen sich teilweise eine ihrer Meinung nach bessere zweite, abgespaltene Gesellschaft. **Christian Frommelt**, Direktor des Liechtenstein Instituts, führt im Interview aus: «Eine zweite Regierung lässt sich nicht installieren. Das ist eine abstruse Vorstellung.» Er findet, dass politische Bildung und eine aktive öffentliche Debatte dabei helfen, dass sich weniger Bürger radikalieren.



Kommentar

## Warum es so schwer fällt, euch ernst zu nehmen

Liebe Coronademonstranten

Heute zieht ihr zum 16. Mal auf den Peter-Kaiser-Platz. Das ist euer gutes Recht. Schliesslich sind wir eine Demokratie und keine Diktatur, wie einige von euch trotzdem immer noch behaupten. Ihr werdet tendenziell nicht mehr, sondern immer weniger. Dies mag am kalten Wetter liegen oder auch an euren Inhalten.

Ihr fordert seit Beginn eurer Kundgebungen einen Dialog mit der Politik und wundert euch, dass dieser nicht stattfindet. Dann lohnt es sich vielleicht auch für euch, euch nochmals mit euren Inhalten zu befassen. Jeden Montag das gleiche Programm. An euren Demonstrationen wurde die Regierung als «Kriegsverbrecher» und «Psychopathen» betitelt. Die Landtagsabgeordneten als nutzlose Taugenichtse, welche das korrupte und

menschenverachtende Krisenmanagement der Regierung guthessen. Wissenschaftler und Ärzte, die sich für die Impfung aussprechen, wurden von Rednern als «Pharmaschlampen» bezeichnet. Und die letzte Woche gab es für die Schulen noch das unsägliche Prädikat «Pädophilenverein». Dies ganz abgesehen von den offenen und unterschweligen Nazivergleichen und Holocaustverharmlosungen und den Rednern, welche den Staat und die Demokratie am liebsten ganz abschaffen würden.

Kein Redner wurde vom Moderator zurückgepfiffen – ganz im Gegenteil – und keiner wurde von euch ausgebuht. Nein, solche Ausfälligkeiten wurden noch beklatscht und teilweise bejubelt. Es ist schwer vorstellbar, dass alle von euch so denken. Wer sich aber jeden Montag auf den Peter-Kaiser-Platz stellt, muss

davon ausgehen, dass er in den gleichen Topf geworfen wird. Zumindest sollte aber jedem klar sein, dass so ein Dialog auf Augenhöhe auch mit dem besten Willen schwierig bis unmöglich wird.

Und auch eure Alternativvorschläge im Umgang mit der Pandemie waren bisher dürftig oder konnten zumindest nicht als konstruktiv bezeichnet werden. Ihr seid grundsätzlich gegen alle Massnahmen. Von vielen wurde das Coronavirus generell in Frage gestellt und die weltweite Krise verschwörerisch als «Pandemie» bezeichnet. Und die Impfung gegen das Virus ist entweder eine Gentherapie, ein Menschenversuch oder die Giftspritze, die alle töten wird. All dies ist weder sehr rational, noch lässt es sich wissenschaftlich erhärten. Wenn von 100 Wissenschaftlern oder Medizinerinnen eine andere Meinung vertritt, dann

stutzt ihr euch lieber auf den einen. Das kann man natürlich machen. Aber man darf dann nicht erwarten, dass dies sehr überzeugend ist. Wissenschaftsfeindlich dürfte es wohl eher treffen.

Und wer sich die Massnahmen im Kampf gegen das Coronavirus anschaut, muss feststellen, dass der Weg, den Liechtenstein und die Schweiz gewählt haben, ein guter Mittelweg war, welcher mit vergleichsweise wenigen Einschränkungen auskam. Selbstverständlich war auch dies nicht angenehm – egal ob geimpft oder nicht – und nicht alle Entscheidungen waren immer logisch. Deshalb muss eine Aufbereitung und Analyse nach Bewältigung dieser Krise stattfinden, um für kommende Ereignisse die entsprechende Lehren daraus zu ziehen. Übrigens etwas, was der Landtag bereits im Herbst 2020 beschlossen hat.

Diese Zeit der Aufarbeitung scheint derzeit näherzukommen. Jedenfalls gibt es Hoffnung, dass die Pandemie bald ein Ende hat. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn ihr Montags aber auch in den sozialen Medien verbal abrüsten würdet. «Die Gesellschaft» wurde nicht gespalten. Ihr habt euch von der Mehrheit abgewandt. Auch dies ist einer Demokratie völlig legitim, solange der Anstand gewahrt wird und es nicht zu strafrechtlich relevanten Äusserungen, Drohungen oder gar Taten kommt.

Aus diesem Grund ist es grundsätzlich begrüssenswert, wenn nun die direktdemokratischen Mittel von euch ergriffen werden. Sei es nun der erneute Normenkontrollantrag beim Staatsgerichtshof oder die Volksinitiative zur Absetzung des Landtags. Der Staatsgerichtshof kann damit überprü-

fen, ob die Einführung der 2G-Pflicht und die Maskenpflicht ab 6 Jahren mit der Verfassung vereinbar sind. Sollte er, wie schon bei der Überprüfung der 3G-Pflicht, zum Schluss kommen, dass dies so ist, dann ist dies zu akzeptieren. Und wenn wirklich 1500 Stimmberechtigte der Meinung sind, dass der Landtag seiner Pflicht in der Coronakrise nicht nachgekommen ist, dann kann darüber abgestimmt werden. Aber spätestens nach einem Verdikt des Volkes solltet ihr endgültig akzeptieren, dass ihr nicht nur montags in der Minderheit seid.



**Patrik Schädler**  
«Vaterland»-Chefredaktor

## 17. Holocaust-Gedenktag

In Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945 organisiert die liechtensteinische Regierung den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus entsprechend den aktuellen Schutzmassnahmen in hybridem Format. Der diesjährige Gedenktag ist der Problematik des zeitgenössischen Antisemitismus gewidmet und geht der Frage nach, wie wir der Verbreitung von Verschwörungstheorien und dem Wiederaufflammen der Judenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft begegnen können. Im Rahmen der Veranstaltung wird die Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und insbesondere die Rolle der Schulbildung für die Prävention ins Zentrum gestellt.

Die Regierung lädt alle zu einer virtuellen Teilnahme an diesem Anlass am Donnerstag, 27. Januar, um 18 Uhr ein. Die Veranstaltung kann via Livestream auf der Website der Regierung ([www.regierung.li](http://www.regierung.li)) mitverfolgt werden. (ikr)

## 17. Holocaust-Gedenktag Verschwörungstheorien befeuern Antisemitismus

**VADUZ** In Erinnerung an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar 1945 organisiert die Regierung den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus entsprechend den aktuellen Schutzmassnahmen in hybridem Format. «Der diesjährige Gedenktag ist der Problematik des zeitgenössischen Antisemitismus gewidmet und geht der Frage nach, wie wir der Verbreitung von Verschwörungstheorien und dem Wiederaufflammen der Judenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft begegnen können», heisst es in der Aussendung des Ministeriums für Äusseres, Bildung und Sport. Im Rahmen der Veranstaltung wird demnach die Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet und insbesondere die Rolle der Schulbildung für die Prävention ins Zentrum gestellt. Die Regierung lädt hiermit ein zur virtuellen Teilnahme an diesem Anlass am Donnerstag, den 27. Januar, um 18 Uhr, via Livestream auf [www.regierung.li](http://www.regierung.li), ein.

(red/ikr)



Für den Landtag beginnt nun offiziell das zweite Jahr der Legislatur – gestern wurde er feierlich eröffnet.

Bilder: Daniel Schwendener

## «Abspaltung statt Spaltung»

Alterspräsident und Landtagspräsident Albert Frick sieht in dieser Pandemie keine Spaltung der Gesellschaft.

Desirée Vogt

Bei der feierlichen Wiedereröffnung des Landtags steht jeweils die Thronrede des Landesfürsten bzw. seines Stellvertreters im Mittelpunkt. Darin bedankte sich Erbprinz Alois für die ausserordentliche Leistung von Regierung und Landtag in dieser Pandemie. Während er sich in Bezug auf die «Nebengeräusche», die in dieser Pandemie entstanden sind, aber erst im Anschluss an seine Rede äusserte, nahm Alterspräsident Albert Frick seine Ansprache auch zum Anlass, um sich zur viel diskutierten «Spaltung der Gesellschaft» zu äussern.

### «Eine ernstzunehmende Herausforderung»

Offen und oft werde von dieser Spaltung der Gesellschaft gesprochen, so Albert Frick. Doch diese Meinung teile er so nicht, denn die Unterstützer der Pandemiemassnahmen seien in deutlicher Mehrheit. «Vielmehr müsste man von einer Abspaltung innerhalb der Gesellschaft sprechen und von teilweiser Radikalisierung innerhalb dieser Abspaltung.» Wobei seines Erachtens auch hier keine einheitlichen Motive feststellbar seien. «Oft sind es individuelle Überzeugungen oder persönliche

Betroffenheit, die Menschen veranlassen, sich gegenüber dem Mainstream abzugrenzen.» Alles in allem eine Situation, die nicht ganz unerwartet zu politischer Aktivität führe und in die Gründung einer neuen Partei und in eine Initiative zur vorzeitigen Auflösung des Landtages münde. «Für uns als gewählte Volksvertreter und für die bestellten Mitglieder der Regierung stellt diese gesellschaftliche Entwicklung eine ernstzunehmende Herausforderung dar. Es muss unser Ziel sein und bleiben, die Gesundheit der Bevölkerung nach bestem Wissen und Gewissen zu schützen.» Es müsse aber auch das Ziel sein, Gefühle von Ausgrenzung zu mildern, Verständnis für Andersdenkende aufzubringen und das Versöhnliche über das Trennende zu stellen.

### Konkrete Vorstellungen an die Politik

Erbprinz Alois nutzte die Gelegenheit, um den von der Regierung eingeschlagenen Weg in dieser Coronapandemie zu unterstützen und bedankte sich auch bei den Landtagsabgeordneten für ihre überparteiliche Botschaft anlässlich der Dezember-Sitzung. «Damit haben Sie in dieser schwierigen Zeit ein Zeichen des Zusammen-

halts gesetzt.» Auch in den nächsten Monaten werde es wichtig sein, dass Landtag und Regierung eng zusammenarbeiten, damit neben der Pandemie weitere grosse Herausforderungen erfolgreich bewältigt werden könnten.

Einmal mehr betonte er die Notwendigkeit, sich auf einen langfristigen, strategischen Orientierungsrahmen zur erfolgreichen Bewältigung der demografischen Entwicklung zu einigen. Die Arbeit daran dürfe jedoch nicht zu einer Verzögerung von nötigen Reformmassnahmen führen – im Gegenteil. Nötige Massnahmen sollten sofort umgesetzt werden. Diesbezüglich gab der Erbprinz der Politik auch einige konkrete Gedanken mit, in welche Richtung die Vision, die Zielsetzungen und die Prinzipien zur erfolgreichen Bewältigung der demografischen Entwicklung gehen könnten. «Liechtenstein sollte die Vision haben, ein Land von hoher Lebensqualität zu sein, in dem Menschen gut und gerne älter werden. Bis ins hohe Alter sollten die Einwohnerinnen und Einwohner am gesellschaftlichen Leben aktiv teilnehmen sowie möglichst unabhängig und selbstbestimmt leben können», wünscht sich Erbprinz Alois. Generationen sollten sich



Landtagspräsident Albert Frick

gegenseitig unterstützen, Land, Gemeinden, Wirtschaft, die Gesellschaft als Ganzes sowie jede und jeder Einzelne sollten dafür in seinen Augen auch gemeinsam Verantwortung übernehmen. So dürfe die Arbeit bei der

Entwicklung der Konzepte auch nicht nur auf den Schultern eines einzelnen Ministeriums ruhen. «Wir werden nur erfolgreich sein, wenn das federführende Ministerium die Unterstützung aller erhält.»

# Oberschule Eschen macht Holocaust-Gedenkwoche

Seit 15 Jahren wird an der Oberschule Eschen jährlich der Holocaust-Gedenktag begangen. Dieses Jahr wurde daraus eine Gedenkwoche.

Am 27. Januar im Jahr 1945 wurde das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit. Seitdem steht Auschwitz als Sinnbild für die maschinelle Massenvernichtung der Nationalsozialisten. Der Holocaust bzw. die Shoah ist nicht nur fest im Curriculum der Schulen verankert, sondern ein Thema, das stets in Erinnerung gerufen werden sollte, damit so etwas Schreckliches nie wieder passiert. Die Oberschule Eschen hat dieses Gedenken fest in die Jahresplanung aufgenommen. Vergangenes Jahr konnten die Schüler des SZU durch die Ausstellung «Darüber sprechen», einer Wanderausstellung, welche die Einzelschicksale von 14 Menschen thematisiert, mehr über diese Zeit erfahren. Dieses Jahr gelang es, genügend Zeitzeugen und Überlebende der Shoah (es gibt leider nur mehr sehr wenige) zu gewinnen, welche sich der Herausforderung stellten, über Zoom den Schülern ihre (Über-)Lebensgeschichte zu erzählen und sich den Fragen der Lernenden zu stellen.

## Sieben Jahre im Versteck

Auch für das Team von erinnern.at aus Österreich ist die

Durchführung einer ganzen Gedenkwoche etwas Besonderes. Ziel war auch, dass es pandemiebedingt einerseits zu keiner zu grossen Durchmischung kommt, andererseits alle Schüler aller Stufen die Möglichkeit hatten, daran teilzunehmen. So fanden sich am Montag die vierten Stufen in der Aula ein, um der 93-jährigen Lucia Heilmann zuzuhören, die sehr schülergerecht und einfühlsam über die langen sieben Jahre im Versteck berichtete und wie es für sie als kleines Mädchen war, von einem Tag auf den anderen nicht mehr in die Schule gehen zu dürfen, von ihren Mitschülern geschlagen und verstossen zu werden, all ihre Spielsachen zurücklassen und sich permanent verstecken zu müssen. Eine Frage der Schüler war, ob die Zeitzeugin Hass verspürt habe. «Als ich nach dem Krieg auf die Strasse ging, sah ich nur noch Nazis und Juden, später habe ich gelernt, dass nicht alle Österreicher Nazis waren, schliesslich hat uns auch ein Christ versteckt.»

## Die Nazis waren Bestien

Am Dienstag sprach Ludwig «Lutz» Popper zu den ersten Stufen (schön war auch, dass



Die Schüler der Oberschule Eschen lauschten gespannt den Vorträgen der Zeitzeugen per Videokonferenz. Bild: pd

per Zoom auch die gesamte erste Stufe der Realschule Eschen teilnahm). Nachdem sein Vater, ein jüdischer Arzt, nach dem Anschluss 1938 in die Schweiz floh, konnte die Familie während des Krieges nach Bolivien emigrieren. Dort lebte sie in ärmlichen Verhältnissen und kehrte 1947 nach Wien zurück, da dort noch eine Verwandte lebte. «Alle anderen waren verstorben, hatten Selbstmord begangen oder waren ermordet worden.» Lutz Popper erklärte

wie ein Lehrer den sehr interessierten Schülern das NS-Regime, die jüdische Religion und auch die politischen Umstände in Südamerika und während der Nachkriegszeit bis zur Ära Jörg Haider. Eine Frage der Schüler war, was ihm Sorgen und Angst machen würde? Das seien Menschen, die falsche Haltungen haben, die an Nazis glauben und von ihnen sprächen, dass sie so stark und heldenhaft seien, dass ihnen nicht mal die Coronaviren etwas an-

haben könnten, war seine Antwort. «Nazis waren nicht Unmenschen, sie waren Bestien. Sie hatten Freude daran, Menschen zu ermorden, sie haben es genossen. Etwa SS-Leute, die Säuglinge in die Luft schmissen, und andere darauf geschossen haben. Sie haben das sogar gefilmt.» Popper zeigte auch viele Privatbilder aus seiner Kindheit und Jugend, darunter auch den Pass mit dem «J». Auch Bezüge zur Gegenwart durften nicht fehlen: «Wenn heute Schüler oder Eltern davon sprechen, dass sie aufgrund der Pandemie Schulstoff verlernen und dies im Leben nicht mehr aufgeholt werden kann, dann stehe ich dem sehr skeptisch gegenüber, denn ich habe ja alles nach dem Krieg nachgelernt, maturiert und studiert», betonte Popper, der ab 1973 als Facharzt in Burgenland tätig war.

## Grosses Interesse

Der Journalist Karl Pfeifer, der 1928 in Baden bei Wien geboren wurde, sprach zu den zweiten Stufen am Mittwoch dieser Woche über sein bewegtes Leben, das ihn nach Ungarn, ins damalige Palästina und bis nach Argentinien geführt hat.

Er ist ein sehr aktiver Zeitzeuge, der schon in vielen Schulen war und auch ein ewig Mahnender. Die zahlreichen Fragen der Schüler beantwortete er sehr sachlich und klar. Gestern sprach die 86-jährige Katja Sturm-Schnabl, deren Familie zur Volksgruppe der Kärntner Slowenen gehörte. Sturm-Schnabl wurde mit zahlreichen anderen slowenischen Familien ins Lager Ebenthal deportiert und mehrere Jahre in Lagern in Polen und Bayern inhaftiert. Ihre Schwester starb während der Haft an einem nationalsozialistischen Krankenmord. Nach dem Krieg studierte sie Slawistik und wurde Universitätsprofessorin. 2015 erhielt sie das Goldene Verdienstzeichen der Republik Österreich für ihre Tätigkeit als Zeitzeugin. Vielen Schülern war bislang unbekannt, dass auch Slowenen vertrieben und deportiert wurden.

Die Gedenkwoche an der OSE kann als grosser Erfolg bezeichnet werden, da die Rückmeldung aller Teilnehmenden durchwegs positiv ist. Oder um es mit den Worten eines Schülers auszudrücken: «Es war so interessant, dass ich am liebsten alle Vorträge mit allen Zeitzeugen gehört hätte!» (pd)

Elias Quaderer

Seit September 2021 befindet sich Carl-Peter Hofmann, Gründer der staatsfeindlichen Gruppierung «Global Court of the Common Law» (GCCL) im Landesgefängnis in Haft. Aufgrund einer Reihe von Straftaten – Anstiftung zum Amtsmissbrauch, Erpressung und schwerer gewerbsmässiger Betrug in insgesamt 65 Fällen – liess Österreich Hofmann international zur Verhaftung ausschreiben. Kenner der Szene gehen davon aus, dass der GCCL ohne seine Gallionsfigur über kurz oder lang auseinanderfallen wird.

Allerdings: Es wird wohl bis März dauern, bis der Staatsgerichtshof das endgültige Urteil zur Auslieferung des 61-jährigen fällt. Und vom Landesgefängnis aus hat Carl-Peter Hofmann offenbar keine Mühe, den Kontakt zu seinen Anhängern zu halten: Offenbar leitet er über Telefonanrufe aus dem Gefängnis heraus Zoom-Meetings des GCCL. Dies geht aus einer Sprachaufnahme hervor, die dieser Redaktion vorliegt.

#### Keine besonderen Haftbeschränkungen

Konkret werden die Zoom-Meetings folgendermassen organisiert: Hofmann ruft einen Vertrauten an. Dieser hält dann seinen Telefonhörer an das Mikrofon seines Computers. Und so kann per Zoom die ganze GCCL-Gemeinschaft den Worten ihres Anführers lauschen.

Unweigerlich stellt sich aber die Frage: Darf Hofmann das überhaupt? Nachdem die Lan-

# Reichsbürger-Meeting vom Gefängnis aus organisiert

Behörden erklären, dass die Telefonate des GCCL-Chefs keinen Auflagen unterliegen.



Carl-Peter Hofmann nimmt vom Gefängnis aus an GCCL-Zoom-Meetings teil.

Bild: Elma Korac

despolizei über den Umstand informiert wurde, teilte sie mit: «Der Insasse befindet sich in

Auslieferungshaft und keinerlei gerichtliche Auflagen hinsichtlich der Überwachung

seines Telefonverkehrs.» Ob von ihm Angerufene ihren Telefonhörer an ein Computermi-

krofon halten, könne man «nicht überprüfen oder kommentieren».

Über Kontakteinschränkungen für Inhaftierte entscheidet das Landgericht. Auf Anfrage, ob vor dem Hintergrund der «GCCL-Meetings» Einschränkungen für Hofmann geplant sind, heisst es seitens des Gerichts, dass derzeit «keine besonderen Haftbeschränkungen» vorliegen. «Ob und auf welchem Weg Hofmann in der Lage gewesen sein soll, an Zoom-Meetings teilzunehmen, kann daher nicht beurteilt werden», so das Landgericht.

#### Hofmann will Druck auf Staatsanwälte ausüben

Im Zoom-Meeting aus dem Gefängnis standen die üblichen Themen des GCCL auf der Tagesordnung. Hofmann referierte darüber, wie wichtig es sei, die Fantasiedokumente der Gruppierung in andere Sprachen zu übersetzen. Wiederholt setzte er zu Tiraden gegen das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz (BVT) sowie Bundeskanzler Karl Nehammer an. Der Gründer der staatsfeindlichen Gruppierung meinte auch, es sei möglich, dass in Österreich ein Bürgerkrieg ausbricht und dann «die Russen einmarschieren».

Mit Blick auf Liechtenstein kündete Hofmann an, dass er in Kontakt mit dem Landesspital Vaduz treten wolle. Zudem möchte der 61-jährige auch «weiteren Druck auf die Staatsanwälte ausüben» und sie «in die Zange nehmen». Immerhin stellt der GCCL-Chef den hiesigen Gefängniswärtern ein gutes Zeugnis aus. Diese seien «echt Spitzenklasse.»



Transparent anlässlich einer Coronademo auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz.

Bild: Daniel Schwendener

# Fachgruppe Extremismus: Coronaskeptiker im Auge

Was tun, wenn Angehörige in Verschwörungstheorien abdriften? Betroffene können sich an die Fachgruppe Extremismus der Gewaltschutzkommission Liechtenstein wenden.

**Manuela Schädler**

Mit der Impfung wird ein Chip implantiert. Der mRNA-Impfstoff verändert menschliche Gene. Es soll eine neue Weltordnung geschaffen werden. Um das Coronavirus ranken sich viele Verschwörungstheorien. Betroffene informieren sich über «alternative Medien» und verbreiten die Nachrichten über Whatsapp-Chats oder andere Kanäle weiter. Wie eine Umfrage von «20 Minuten» bei Extremismus- und Radikalisierungsfachstellen zeigt, ist ein Anstieg von Anfragen, bei denen um Hilfe ersucht wird, weil Angehörige Corona-Verschwörungstheorien verfallen sind, angestiegen.

Der Leiter der Fachstelle Radikalisierung und Gewaltprävention der Stadt Bern schildert beispielsweise den Fall eines jungen Mannes, der um seine Mutter bangt. «Er fürchtet, dass sie weiter abdriftet,

wenn er den Kontakt abbricht. Gleichzeitig hatte er für sie keine Energie mehr», wird er zitiert.

## Keine konkreten Anfragen in Liechtenstein

Auch in Liechtenstein gibt es eine Fachstelle, an die sich die Bevölkerung wenden kann, wenn der Verdacht besteht, dass sich ein Angehöriger radikalisiert. Die Fachgruppe Extremismus ist eine Untergruppe der Gewaltschutzkommission der Liechtensteiner Regierung. «Es kann jede Form von Radikalisierung gemeldet werden. Auch wenn die Angst besteht, dass jemand sich in Verschwörungstheorien verstrickt hat», sagt Polizeichef Jules Hoch, Vorsitzender der Gewaltschutzkommission, auf Anfrage.

Die Fachgruppe Extremismus steht somit betroffenen Personen für Informationen, Beratung und weitere Hilfestellung zur Verfügung. Sie hat

entsprechende Vorgehensweisen bei einem Verdacht auf Radikalisierung ausgearbeitet. Dabei geht es beispielsweise um Radikalisierung von Jugendlichen in der Freizeit und im Schulbereich. Ein zentrales Anliegen der Gewaltschutzkommission ist es ausserdem, das Thema Extremismus zu enttabuisieren und eine breite öffentliche Diskussion über das Phänomen sowie die Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat in Liechtenstein zu ermöglichen. Konkrete Anfragen im Zusammenhang mit der Coronapandemie sind laut Hoch bei der Fachgruppe bisher keine eingegangen.

Trotzdem gehört laut dem Monitoringsbericht «Extremismus in Liechtenstein», der jährlich vom Liechtenstein-Institut erstellt wird, die Bewegung der Coronaskeptiker und -leugner auf nationaler Ebene zum Aufgabenbereich der Fachgruppe. Anders sieht es aus, wenn Dro-

hungen ausgesprochen werden oder bei bedrohlichen Äusserungen in den sozialen Medien. Dann intervenieren Polizei und Staatsanwaltschaft. So führte das Bedrohungsmanagement der Landespolizei in mehreren Fällen Gefährderansprachen durch und die Staatsanwaltschaft klagte im Januar einen 44-jährigen Liechtensteiner wegen gefährlicher Drohung an. Er wurde vom Landgericht verurteilt, weil er Gesundheitsminister Manuel Frick und Altregierungsrat Mauro Pedrazzini mit dem Tod gedroht hatte.

## Fachstelle Extremismus

Die Fachstelle Extremismus bietet betroffenen Personen, deren Angehörige sich radikalisiert, eine Beratung und weitere Hilfestellung an. Weitere Informationen unter [gewaltschutz.li](mailto:gewaltschutz.li) oder per Mail: [sarah.frick@llv.li](mailto:sarah.frick@llv.li).

# Singende Mexikaner und sexy Pilotinnen

Trotz der Sexismus- und Rassismus-Debatten in den letzten Jahren werben Firmen wie Migros, Coop und Manor nach wie vor mit fragwürdigen Verkleidungen, die vor Stereotypen und Klischees nur so strotzen. Nun kündigen sie Massnahmen an – doch reichen diese?

Benjamin Weinmann

Es ist nicht lange her, da sprach die Welt nicht nur von Covid. Sondern von #MeToo. Und von «Black Lives Matter». Die Debatten über Sexismus und Rassismus wurden vorangetrieben, heftig geführt. Von strukturellen Problemen in der Gesellschaft bis hin zum konkreten Einzelfall wie dem Mohrenkopf.

Was hat es gebracht? Wenn man sich die Kostümauswahl der Schweizer Detailhändler für die bevorstehende Fasnachtsaison ansieht: wenig. Die Warenhauskette Manor, der Coop-Onlineshop Microspot und die Migros-Tochter Galaxus haben nach wie vor mehrere fragwürdige Kostüme im Sortiment.

## «Aspekt der Verführung steht im Vordergrund»

Was sich generell sagen lässt: Jene für Frauen kommen mehrheitlich im sexy Look daher, mit Strapsen und kurzen Röcken. Von der freizügigen Piratenfrau bis hin zur lasziven Hexe. Jene für die Männer variieren zwischen Blödel-Outfit und Coolness – von Super Mario bis hin zum «Top Gun»-Aviatiker. Letztere gibt es auch für Frauen, allerdings wie es sich für seriöse Kampfpilotinnen gehört mit extra kurzem Overall, Fischnetztrumpfhosen und Dekolleté.

Valérie Vuille, Direktorin der Genfer Gleichberechtigungsgesellschaft Décadre, ist nicht überrascht. Die gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisse seien tief verankert und zeigten sich auch in der Wahl der Themen, Farben und des Schnitts. Die Kostüme für Frauen seien immer freizügiger als jene für Männer. «Somit werden Frauen objektiviert, und der Aspekt der Verführung wird in den Vordergrund gestellt», sagt Vuille. Auch beim Kindersortiment zeige sich der Sexismus: «Die Kostüme für Mädchen sind auf Sanftheit, Zärtlichkeit und Fürsorge ausgerichtet, jene für Buben viel mehr auf Action.»

## Der angriffige «Indianer» mit dem Tomahawk

Und dann wären da die Kostüme, die mit veraltetten, rassistischen Stereotypen auftrumpfen: der singende Mexikaner mit Sombrero und Poncho, die «Indianerin» mit Feder im Stirnband und kurzem Kleid sowie ihr männliches Pendant, illustriert mit grimmiger Mimik, angriffiger Postur und Tomahawk.

Die Händler haben auch die nötigen Accessoires im Sortiment: einen «Indianer»-Kopfschmuck mit bunten Plastikfedern. Einen schwarzen, langen Schnurrbart für den asiatischen Look – auf der Verpackung präsentiert von einem weissen, die Augen zukneifenden Mann. Und der dicke Mexikaner-Schnurrbart.

Für Kulturwissenschaftlerin Patricia Purtschert von der Universität Bern ist klar: «Derartige Kostüme verbreiten rassistische und sexistische Vorstellungen.



Eine originelle Verkleidung wäre keine Hexerei. Fasnachtstreifen am Schmodo 2019 in Luzern.

Bild: Manuela Jans-Koch

## Von rassistisch bis sexistisch: Das Fasnachtssortiment der Schweizer Detailhändler wirft Fragen auf



Eine Sortimentsbereinigung von Händlern wie Migros, Coop und Manor ist überfällig.» Viele Stereotypen von anderen Menschen hätten sich nicht zuletzt über Fasnachtskostüme im Alltag verfestigt. «So manches herablassende Bild stammt aus der Kolonialzeit. Und trotzdem müssen sich zahlreiche Menschen in unserer interkulturellen Gesellschaft an der Fasnacht solche rassistischen Darstellungen ihrer Herkunftskultur vor Augen führen lassen.»

## Coop und Co verweisen auf die Nachfrage

Purtschert verweist auf eine Debatte vor einigen Jahren in Basel. Die Guggenmusik Negro-Rhythmus wurde wegen ihres Namens kritisiert, aber auch wegen ihres Logos: ein schwarzes Männlein mit Knochen in den Haaren. In der Folge änderte die Gruppierung das Logo – nicht aber den Namen. «Das zeigt, wie schleppe die Diskussion hierzulande vorankommt», sagt Purtschert. Immer wieder gebe es Auseinandersetzungen, in denen heftig über einzelne Begriffe und Bilder diskutiert werde. Aber noch heute verkauften

bekannte Händler Mohrenköpfe und sähen darin kein Problem. «Die Argumente, weshalb etwas rassistisch ist und was es mit der Kolonialgeschichte zu tun hat, gehen immer aufs Neue vergessen. Und beim nächsten Mal beginnt die Diskussion von vorne.» Gerade in Bezug auf sogenannte «Indianer», also die US-amerikanischen Ureinwohner, herrsche hierzulande eine grosse Bildungslücke, sagt Purtschert. «Das Bild ist geprägt von den Karl-May-Erzählungen und Winnetou. Das sind europäische Fantasien, die den Genozid, die Vertreibung und Enteignung indigener Menschen in Amerika romantisieren.»

In Expertenkreisen ist die Rede von «Cultural Appropriation», auf Deutsch: kulturelle Aneignung. Dabei werden Kulturbestandteile von Mitgliedern einer anderen Kultur oder Identität übernommen und kommerziell ausgeschlachtet. Kritisiert wird dies, wenn die Kultur einer Minderheit angehört, die wirtschaftlich, sozial oder politisch benachteiligt ist.

Doch was sagen die Verantwortlichen? «Bei den erwähnten Produkten erhalten wir die Pro-

duktbeschriebe und Bilder direkt von einem Distributor», sagt Microspot-Sprecherin Monika Fasnacht. Man prüfe nun eine Anpassung, und man werde die Kritikpunkte berücksichtigen. Ob und welche fragwürdigen Kostüme entfernt werden, sagt sie nicht. Das Mutterhaus Coop begründet die Auswahl mit den Wünschen der Konsumenten: «Unser Sortiment umfasst Fasnachtskostüme, die besonders gefragt sind», sagt Sprecherin Melanie Grüter. Das Sortiment werde überprüft. Wie, verrät sie nicht.

## «Herrenkostüm Asiate» ist für Galaxus kein Problem

Manor-Sprecherin Sandra Känzig sagt, die Sortimentsgestaltung sei ein laufender Prozess und entwickle sich mit den Bedürfnissen der Kundschaft weiter. Es sei nicht die Absicht, Stereotype über Geschlecht, Hautfarbe oder Kulturen zu thematisieren. Die Frage, ob gewisse Kostüme und Accessoires entfernt werden, bleibt auch hier unbeantwortet.

Am ausführlichsten nimmt das grösste Onlinewarenhaus der Schweiz, die Migros-Tochter

Digitac Galaxus, Stellung. Sprecher Stephan Kurmann, der Mitglied eines internen Teams ist, das sich für Diversität und Inklusion einsetzt, sagt, Galaxus verfolge eine Nulltoleranzpolitik gegenüber dem sogenannten Blackfacing, Redfacing oder Yellowfacing, also dem Bemalen von weissen Gesichtern, um eine andere Hautfarbe vorzugaukeln. Die Haltung gelte auch für «jegliche andere Art und Weise, nicht-weisse Menschen diffamierend darzustellen», sagt Kurmann – und liefert zum Beweis zwei Beispiele, die Galaxus als «nicht diskriminierend» einstuft. Das eine: ein weisser Mann mit Kimono und Make-up, das seine Augen schmaler aussehen lässt. Das Outfit trägt die Bezeichnung «Herrenkostüm Asiate». Das andere: Ein Sombrero-Hut – illustriert mit einem weissen Mann, dickem Schnauz und Zigarre im Mund.

Das Problem laut Kurmann: Galaxus bezieht einen Grossteil seiner drei Millionen Artikel von Dritten, welche ihre Waren selber bildern und beschriften. Galaxus fungiert für sie als reiner Markt. «Natürlich gibt es Richtlinien unsererseits –

auch zum Thema Diskriminierung und Rassismus», sagt Kurmann. Kostüme und Verkleidungen seien aber besonders diffizil: «Es ist ein schmaler Grat zwischen blosser Verkleidung und Diskriminierung von ethnischen Minderheiten.»

Der Galaxus-Sprecher betont, dass die Gesellschaft patriarchalisch geprägt sei. «Dazu gehören auch bestimmte Rollenbilder, die sich in der Gesellschaft manifestiert haben.» Es sei noch ein weiter Weg bis zu völliger Gleichberechtigung der Geschlechter. «Ich denke jedoch nicht, dass Fasnachtskostüme hier der Knackpunkt sind, sondern vielmehr politische Rahmenbedingungen, die für eine Chancengleichheit bei allen Geschlechtern sorgen.» Mit anderen Worten: Die Händler schieben mit dem Verweis auf die grosse gesellschaftliche Ungleichheit die eigene Verantwortung von sich.

## «Antworten von Galaxus sind konsternierend»

Die interne «Diversity and Inclusion-Crew» gibt es laut Kurmann seit drei Jahren. Seither habe man sich darauf konzentriert, die Vielfalt im Unternehmen zu fördern – insbesondere die Geschlechterverteilung. So gebe es nun Teilzeitleistungen für Kader und eine verlängerte Elternzeit. Bezüglich Sortimentsgestaltung sei das Personal auf Diversitätsthemen sensibilisiert. «Dabei handelt es sich jedoch um einen Prozess, der seine Zeit in Anspruch nimmt.»

«Die Antworten von Galaxus sind konsternierend», sagt Gesellschaftswissenschaftlerin Purtschert. Es sei zwar gut, dass die Firma sich mit dem Thema beschäftige. «Gleichzeitig zeigt der Verweis auf angeblich nicht diskriminierende Verkleidungen als lateinamerikanischer und asiatischer Mann, die sehr wohl diskriminierend sind, wie weit der Weg noch ist.» Nötig ist laut Purtschert auch mehr Forschung zur kolonialen und patriarchalen Geschichte der Fasnacht hierzulande.

## Das Argument, das zum Umdenken reichen sollte

Und was ist mit dem Argument vieler Leute, die Diskussionen über Mohrenköpfe oder «Indianer»-Kostüme als unwichtig oder klein abtun im Vergleich zu Gleichberechtigungsthemen auf politischer Ebene? «Wenn es wirklich nur kleine Probleme sind, weshalb sind sie dann nicht schon längst behoben?», fragt Purtschert. Um Rassismus und Sexismus anzugehen, brauche es eine Reflexion auch bei Themen, die auf den ersten Blick nicht weltbewegend seien. «Denn Rassismus und Sexismus beginnen im Alltag.» Und überhaupt, so Purtschert, sollte nur schon dieses eine Argument ausreichen: «Solche Verkleidungen sind für viele Menschen verletzend, weil sie ihre Kultur lächerlich machen. Das ist Grund genug, sich andere Kostüme auszudenken.»

# Verfassung liesse allgemeine Impfpflicht zu

**Abwägung** Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht lässt sich grundsätzlich mit der Liechtensteiner Verfassung vereinbaren. Zu diesem Schluss kommt das Liechtenstein-Institut in einer gestern veröffentlichten Studie. Das Mass aller Dinge ist dabei die Abwägung der Verhältnismässigkeit

VON DAVID SELE

Eine Impfpflicht ist ein schwerwiegender Eingriff in die Grundrechte. Zumindest die Rechte auf körperliche und geistige Integrität, auf Privatsphäre und Familienleben sowie auf Glaubens- und Gewissensfreiheit wären davon tangiert, schreiben die Studienautoren des Liechtenstein-Instituts in ihrer neusten Publikation. Dennoch kommen sie zum Schluss, dass sich eine Impfpflicht verfassungsrechtlich rechtfertigen lässt. Denn Grundrechte gelten nicht per se uneingeschränkt, es ist stets eine Abwägung notwendig. Speziell an der Impfpflicht sei, dass mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit sowohl dafür als auch dagegen argumentiert wird.

Um den rechtlichen und ethischen Ansprüchen gerecht zu werden, müsste eine Impfpflicht jedenfalls verhältnismässig sein. Ob dies der Fall ist, resultiere daraus, «dass sie mit dem Gemeinschaftsschutz ein legitimes Ziel verfolgt und zur Erreichung dieses öffentlichen Interesses unter den entsprechenden, empiri-

schen Voraussetzungen und mangels gleich wirksamer Mittel geeignet und erforderlich ist.» Konkret heisst das: Wenn durch eine höhere Impfquote die Gefährdung der öffentlichen Gesundheit und einschneidende Pandemiemassnahmen vermieden werden können, wäre eine Impfpflicht das kleinere Übel. Die Grundrechte jener, die sich nicht impfen lassen wollen, würden dann also eingeschränkt, um öffentliche Interessen zu schützen.

Aus ethischer Sicht könne von einer positiven Freiheitsbilanz einer Impfpflicht gesprochen werden. «Damit ist gemeint, dass eine Impfpflicht insgesamt mehr Freiheit für alle ermöglichen könnte. Im Kern geht es (...) um eine Güterabwägung zwischen der Belastung durch einen Eingriff in die körperliche Unversehrtheit des Einzelnen und den Interessen der Allgemeinheit», schreiben die Autoren. Gegebenenfalls liesse sich eine Impfpflicht sogar rechtfertigen, wenn es um den Schutz einer Minderheit geht.

## Verhältnismässigkeit müsste laufend neu überprüft werden

Bedingung ist aber immer, dass eine Impfpflicht nicht nur geeignet, son-

dern auch notwendig und das geringste Mittel ist, um diese Ziele zu erreichen. Welche Ziele genau, müsste in einem Gesetz über die Impfpflicht explizit festgehalten werden, schreibt das Liechtenstein-Institut. Hintergrund ist auch, dass Eingriffe in Grundrechte immer eine gesetzliche Grundlage benötigen. «Insbesondere der Kreis der Personen, die zur Impfung verpflichtet sind, und die Sanktionen, die gegenüber Impfpflichtigen, fehlbaren Ärzten, die Gefälligkeitsgutachten ausstellen etc. zur Anwendung gelangen, sind im Gesetz und nicht lediglich in einer Verordnung festzuhalten», so die Studienautoren. Das heisst, der Regierung kommt vergleichsweise wenig Gestaltungsspielraum auf Verordnungsebene zu.

Erst einmal eingeführt müsste eine Impfpflicht auch laufend auf ihre Verhältnismässigkeit überprüft werden. Schliesslich können sich die Rahmenbedingungen verändern – gerade in einer Pandemie kommt dies häufig vor. «Die Beurteilung muss neu vorgenommen werden, wenn neue wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen oder sich die

Verhältnisse ändern», schreiben die Studienautoren.

Anlass der Studie des Liechtenstein-Instituts war ein Auftrag der Regierung, der Ende des vergangenen Jahres erteilt wurde. Dies im Rahmen rechtlicher Vorabklärungen zur allfälligen Einführung einer Impfpflicht. Es sei nicht das Ziel, doch man wolle gewappnet sein, sollte eine Impfpflicht notwendig werden, so die Regierung. Ob in Liechtenstein eine Impfpflicht angezeigt ist oder nicht, beurteilt das Liechtenstein-Institut indes nicht. Dies sei abhängig von der Pandemielage und letztlich eine politische Frage. Und in der politischen Abwägung seien jedenfalls auch Überlegungen zu einer weiteren Radikalisierung von Impfgegnern einzubeziehen. Das Liechtenstein-Institut kommt zum Schluss, dass ein Teil der Ungeimpften lieber eine Busse bezahlen würde, als sich impfen zu lassen. Ein weiterer Teil werde im Falle einer Impfpflicht wohl zur Impfung antreten. «Der gesellschaftliche und politische Konflikt für oder gegen eine Impfung würde sich somit auf eine kleine, aber wohl radikalisierte Impfgegner-

schaft beschränken. Im Vergleich zur heutigen medial omnipräsenten Debatte könnte dies durchaus als eine Reduktion der Polarisierung verstanden werden», so die Studienautoren.

## Studie, auch für künftige Pandemien

Angesichts der fortschreitenden Durchseuchung mit dem Coronavirus wirkt die Frage nach der Impfpflicht allerdings zunehmend obsolet. Das Liechtenstein-Institut hält fest, dass Schutzimpfungen aber auch für andere aktuell bestehende und künftig neu auftretende Krankheiten wichtig seien. Die im Rahmen dieser Studie erfolgte Erörterung einer allgemeinen Impfpflicht sei damit auch über die Coronapandemie hinaus von Relevanz zur Beurteilung der politischen Handlungsoptionen im Falle einer Pandemie. Dabei seien auch die Ursachen für die im westeuropäischen Vergleich geringe Impfquote Liechtensteins und die gesellschaftliche Polarisierung rund um die Impffrage zu evaluieren. Zudem werde es von enormer Wichtigkeit sein, sachlich über die Wirkung und Voraussetzungen von Schutzimpfungen zu informieren.



# Die Care-Arbeit muss geschätzt werden

Prävention und Sensibilisierung der Frauen, darauf legt Petra Eichele Wert, um die festgefahrenen Rollenbilder zu durchbrechen.

Melanie Steiger

Seit in Liechtenstein das Stimm- und Wahlrecht für Frauen eingeführt wurde, existiert die Infra, also 36 Jahre lang. Sie hat sich als Informations- und Beratungsstelle für Frauen etabliert. «Dazumal lag der Fokus auf der Gewalt gegen Frauen, da es noch kein Frauenhaus gab», erzählt Petra Eichele, Geschäftsführerin der Infra. Als dieses jedoch entstand, blieb die Beratungsstelle bestehen, denn solange die Gleichstellung von Mann und Frau in der Gesellschaft nicht erreicht ist, braucht es sie – und bis dorthin ist es noch ein langer Weg. Jahr für Jahr dreht sich alles um dieselben Themen. «Die Rollenbilder sind nach wie vor in den Köpfen festgefahren.» Ein zentrales Anliegen, das bei Petra Eichele derzeit im Fokus liegt, ist die unbezahlte Care-Arbeit (Pflege, Haushalt, Kinderbetreuung). Diese wird vorwiegend von Frauen ausgeübt und führt dazu, dass sie keiner bezahlten Arbeit oder nur einer Teilzeitarbeit nachgehen können, was sich auf die Lohngleichheit, Altersvorsorge und Armut auswirkt. «In der Schweiz werden die unbezahlten Stunden der geleisteten Care-Arbeit erhoben, in Liechtenstein noch nicht. Wir setzen uns aber dafür ein, dass dies getan wird», so die Geschäftsführerin. Schliesslich wirke sich der Umstand laut der Studie in der Schweiz auf die zweite Säule aus: Der darin befindende Betrag der Frauen ist um 40 Prozent geringer als derjenige der Männer, was 20 000

Franken weniger pro Jahr für jede Frau ausmacht.

Darum bemüht sich Petra Eichele zu erreichen, dass sich vor allem junge Paare im Voraus gut überlegen, wie sie die Care-Arbeit angehen wollen. Denn wer behauptet, dass stets der Mann zu 100 Prozent arbeiten muss? «Beide könnten beispielsweise ein 60-Prozent-Pensum annehmen. So haben beide ihr eigenes Geld», so Petra Eicheles Vorschlag. Jedoch sei dies in der praktischen Arbeitswelt gar nicht so einfach umsetzbar. Meist würden Frauen die Beratungsstelle aufsuchen, wenn sie geheiratet haben oder schwanger sind und es schwierig wird, die Arbeitsstelle zu behalten. «Die Frau muss sich damit befassen, und das vor der Hochzeit. Die Zeiten, als sie sich ausschliesslich auf den Mann stützen konnte, sind vorbei», betont sie. Die Ehe habe als Versorgungsinstitution ausgedient.

## Finanzen nicht aus Bequemlichkeit abgeben

Der Fokus der Infra liegt deshalb auf der Sensibilisierung der Frau, um ihr Selbstwertgefühl zu stärken und den Umgang mit den Finanzen zu sichern, denn das ist ein wichtiger Faktor in Sachen Unabhängigkeit. Und für Petra Eichele ein sehr persönliches Anliegen. «Viele Frauen wissen nicht, wie es um die Finanzen steht, wie viel ihr Ehemann verdient, ob sie Ersparnis oder Schulden haben. Der Ehemann füllt die Steuererklärung aus und sie unterschreibt einfach. Dass es so etwas in der heutigen Zeit



Petra Eichele setzt sich dafür ein, dass sich verheiratete Frauen selbst um ihre Finanzen kümmern und darüber klar im Bilde sind.  
Bild: Tatjana Schnalzer

noch gibt, ist unglaublich», erzählt sie. Darum setzt sie alles auf Prävention, indem die Infra regelmässig Seminare anbietet, die sich mit Finanzen und Steuererklärung befassen. Denn nach Petra Eicheles Ansicht dürfen Frauen ihre Finanzen nicht aus Bequemlichkeit abgeben. «Ich weiss, das Thema ist überhaupt nicht spannend, aber den Frauen muss einfach bewusst sein, dass sie etwas verlieren, sobald sie nicht mehr Vollzeit arbeiten.» Bei der Infra drehen sich die meisten Beratungsge-

spräche um Finanzen, Steuererklärung, Scheidung und Sorgerecht.

## Alltagsrassismus ist stets präsent

Zusätzlich kümmert sich die Anlaufstelle um eine Gruppe von Personen, die gleich doppelter Diskriminierung ausgesetzt ist: Migrantinnen. Das Projekt Integra behandelt ähnliche Themen, jedoch kommt hier die Arbeitsmarktintegration hinzu, was ebenfalls ein Schlüsselfaktor für die Unab-

hängigkeit ist. «Da kommt es immer noch zu Zwischenfällen, in denen Frauen aus einem anderen Herkunftsland, die eine höhere Position in der Arbeitswelt innehaben, gefragt werden, wie sie an einen solchen Job gelangt seien. Das ist Alltagsrassismus und schockiert mich. Davon gibt es viele Beispiele, und dies macht mich sprachlos», erzählt sie empört.

Die Beratungen und Kurse für Migrantinnen, aktuell gerade mit Fokus auf die Steuererklärung, werden von Frauen

unterschiedlicher Herkunft genutzt. Doch auch hier gibt es Frauen, die besonders gefährdet sind. «Türkinnen und Albanerinnen leben oftmals isoliert in ihrem Familienclan und pflegen kaum Kontakte nach aussen – stärker als andere Nationen. Sie sprechen kaum Deutsch. Das ist ein Teufelskreis», so Petra Eichele. Diesen zu durchbrechen sei äusserst schwierig, auch wenn diesen Migrantinnen bei Integra Frauen aus diesen Nationen beratend zur Seite stehen. «Erst wenn es Probleme gibt, finden die Frauen zu uns. Jedoch möchten wir sie erreichen, bevor es überhaupt so weit kommt.» Einige hätten Angst, der Ehemann könnte etwas davon erfahren, wenn sie die Infra aufsuchen, und oft tauche die Frage auf, ob das Gespräch wirklich vertraulich sei. «Aber wenn sie mal hier sind, dann entsteht eine intime Atmosphäre und sie sind erleichtert darüber, uns aufgesucht zu haben.»

Stereotypen und traditionelle Rollenbilder hemmen die Gleichstellung der Geschlechter fortlaufend. Überwunden sind sie noch lange nicht. Darum braucht es solche Anlaufstellen wie die Infra, die sich dafür einsetzen, dass die Care-Arbeit von der Gesellschaft wertgeschätzt wird, und die präventiv arbeitet, damit Frauen ein unabhängiges Leben mit oder ohne Ehemann führen können. Dafür braucht es aber auch den Einsatz der Arbeitswelt, Politik, Gesetzgebung und Gesellschaft, um das Denken in alten Mustern loszulassen.

# «Antirassistisch zu sein bedeutet nicht, keine Fehler zu machen»

**Interview** Anja Glover leitet Workshops zum Thema Antirassismus. Zum Int. Tag gegen Rassismus erklärt sie im Interview mit dem Amt für Soziale Dienste, Fachbereich Chancengleichheit, warum wir in einer rassistischen Gesellschaft leben und wie man Alltagsrassismus erkennt.

VON GABRIELLA ALVAREZ-HUMMEL

Die Internetverbindung im ruralen Ghana reicht leider nicht aus für ein Video-Interview, aber der Ton alleine funktioniert gut. Anja Glover, 29, befindet sich gerade auf einer, wie sie es nennt, Studienreise im Land ihrer Familie väterlicherseits. Nach der Durchführung von knapp 60 Antirassismus-Workshops an Schweizer Schulen, Organisationen und anderen Institutionen allein im Jahr 2021 schien die Zeit reif für eine Pause und Neuordnung. Seit 2020 ist das Interesse an solchen Workshops gross: «Bis dahin haben sich nicht viele Unternehmen oder auch Schulen für das Thema interessiert. Ich wurde lediglich kontaktiert, wenn es etwa zu einem konkreten Rassismus-Vorfall gekommen ist. Über Alltagsrassismus, also Rassismus, der unbewusst passiert, wussten nur sehr wenige Bescheid.» Heute erhält Glover täglich Anfragen für Antirassismus-Workshops.



Anja Glover. (Foto: Anja Glover)

## Eigene Privilegien erkennen im Antirassismus-Workshop

Wie kann man sich einen solchen Workshop vorstellen? «Ich beginne immer mit meinen eigenen Erfahrungen», so Glover. So versuche sie, Empathie auszulösen und Nähe zu schaffen. In einem zweiten Schritt erarbeitet sie mit den Teilnehmenden, welche Privilegien Menschen haben, die solche Rassismus-Erfahrungen nicht machen müssen. Es sei nicht die Absicht, einen Vorwurf zu machen, sondern es gehe darum, gesellschaftliche Selbstverständlichkeiten zu dekonstruieren. In diesem Zusammenhang zeigt Glover den historischen Kontext auf. Dabei legt sie ein Augenmerk auf die Unterscheidung zwischen Rassismus, der seine Wurzeln in der kolonialen Vergangenheit hat, und anderen Arten von Diskriminierung: «Viele Menschen haben das Gefühl, schon Rassismus erlebt zu haben. Hier ist es wichtig, aufzuzeigen, dass andere Diskriminierungsarten nicht weniger schlimm sind, aber dass man diese Formen nicht miteinander vermischen sollte.»

Schliesslich wendet sich der Workshop dem Alltag zu. Dabei zeigt Anja Glover Ausschnitte oder Bilder aus Kinderbüchern, von Nahrungsmitteln, Werbungen und Marketing-Kampagnen. Die Teilnehmenden sollen herausfinden, wo Rassismus zu sehen ist und warum. «Das ist der

interessanteste Teil, weil die meisten den Rassismus nicht direkt erkennen. Einige sehen Problematiken, verstehen aber nicht, warum es sich um Rassismus handelt. Viele erschrecken dann auch sehr. Denn: Rassismus kann sich überall verstecken.»

## Gut gemeint kann trotzdem rassistisch sein

So passiere es oft, dass Teilnehmende etwa die Debatte um die Bezeichnung des Schokokusses plötzlich in einem anderen Licht sehen. Tatsache ist, so Glover: «Der Begriff, um den diskutiert wird, hat einen klar rassistischen Ursprung, auch wenn man dazu sagt, es sei nicht böse gemeint.» Dass Rassismus Boshaftigkeit bedinge, sei ein Fehlgedanke. Man könne es gar sehr gut meinen und trotzdem rassistisch sein. Beispielsweise verwenden manche Organisationen der «Entwicklungszusammenarbeit» stereotype Bilder für ihre Spendenwerbungen. Man solle in Hinsicht auf den Schokokuss auch die eigenen Abwehrreaktionen inspizieren: Wer meint, es sei doch keine grosse Sache, könne konsequenterweise auch einsehen, dass es keine grosse Sache ist, sich einen neuen Begriff anzugewöhnen. Dabei drängt sich auch die Frage auf: Wenn eine kleine Süßigkeit bereits solche Debatten und Abwehr-

mechanismen auslöst, wie will die Gesellschaft dann die grossen Rassismus-Themen anpacken?

Beim Bewusstmachen solcher Sachverhalte käme es oft vor, dass Workshop-Teilnehmende sich zunächst entmutigt fühlen: «Viele müssen dann für sich feststellen, dass sie schon Fehler gemacht oder anders als gewünscht reagiert haben. Mein Ziel ist aber, dass sie den Workshop mit Hoffnung verlassen. Dass sie merken, dass sie noch nicht dort sind, wo sie sein möchten. Es ist ein Prozess. Wer neugierig ist, kann ganz viel Neues dazulernen.»

## Antirassismus in der Bildung

Dass dieser Prozess auch gesellschaftlich noch aktiv andauert, zeigte sich im vergangenen Jahr in der medialen Öffentlichkeit - Anja Glover mittendrin. Sie tweetete: «Re-nommierter Schweizer Lehrmittelverlag gibt mir den Auftrag, eine Checkliste zu erstellen für einen anti-rassistischen Unterricht. Die Checkliste wird abgelehnt: zu viel politischer Sprengstoff.» Der Verlag erklärte den Medien, Anja Glovers Checkliste sei nicht konkret genug auf mögliche Situationen im Schulalltag eingegangen. Glover ging es jedoch darum, nicht Symptombekämpfung zu betreiben, sondern den Lehrkräften aufzuzeigen, wie sie den systemischen und inter-



Buch «Exit Racism». (Foto: exitracism.de)

nalisierten Rassismus erkennen - in sich selber oder etwa in veralteten Lehrmitteln - und im Schulbetrieb angehen können.

«Es ist mir sehr wichtig, dass an den Schulen etwas passiert. Ich kenne viele Eltern mit Kindern, die von Rassismus betroffen sind und immer noch die gleichen Erfahrungen machen wie ich zu meiner Schulzeit», so Glover. Die Angst, Rassismus als solchen zu benennen, auch wenn es ungemütlich wird, sei noch immer grösser als der Wille, den Rassismus ganzheitlich anzugehen.

Anja Glover ist, trotz allem, optimistisch: «Ich habe in den letzten Jahren schon einige Veränderungen erlebt. Darum glaube ich, dass ich auch noch viele miterleben darf.» Wichtig sei: «Antirassistisch zu sein bedeutet nicht, keine Fehler zu machen. Es geht darum, Fehler zu erkennen, sie anzuerkennen und es das nächste Mal besser oder anders zu machen. Das Zweite ist: Dass wir in einem rassistischen System aufgewachsen sind, ist nicht unsere Schuld heute. Aber wir können etwas dafür tun, dass zukünftige Generationen nicht in diesem System aufwachsen.» Zudem empfiehlt sie jeder Person, sich die Zeit zu nehmen und mindestens ein Buch zur Thematik zu lesen: «Wenn man nämlich solch ein Buch mal gelesen hat, kommt man weg von einer Es-ist-

nicht-meine-Schuld-Haltung zu einer «Ich-will-Verantwortung-übernehmen-Einstellung.» (pr)

ANZEIGE



AMT FÜR SOZIALE DIENSTE  
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

FACHBEREICH CHANCENGLEICHHEIT

## WEITERE INFORMATIONEN

Die UNO erklärte im Jahr 1966 den 21. März zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung. [humanrights.ch](http://humanrights.ch) schreibt: «Rassismus, als tiefgreifendes Problem, sei es strukturell, institutionell und oder individuell, prägt das Leben vieler Menschen und beeinträchtigt ihren Alltag und ihre Lebensqualität. Dennoch werden Rassismus und Diskriminierung immer noch zu oft banalisiert.» Was man dagegen tun kann: lesen. «Exit Racism» von Tupeka Ogette dient vielen als Einstieg und ist auch kostenlos auf Spotify zu hören.

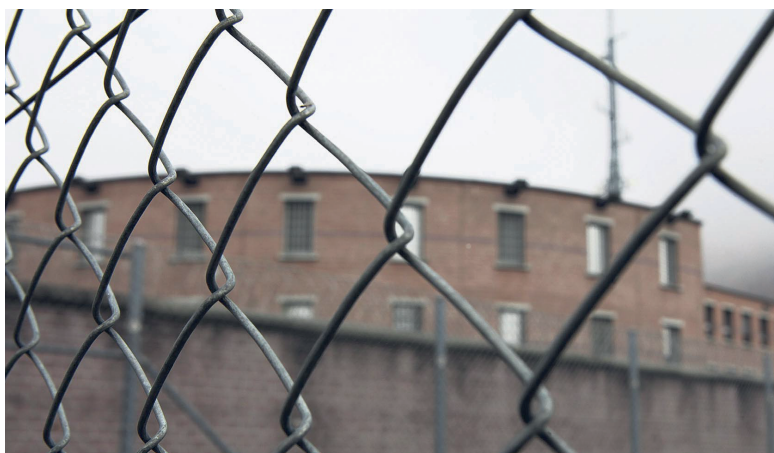
# Bei den Reichsbürgern herrscht Funkstille

GCCL-Gründer organisiert keine Zoom-Meetings mehr vom Gefängnis aus.

Seit bereits mehr als einem halben Jahr sitzt Carl-Peter Hofmann, Gründer der Reichsbürgergruppierung «Global Court of the Common Law» (GCCL), im Landesgefängnis in Auslieferungshaft. Allerdings hat die Haft Hofmann bislang nicht daran gehindert, im Kontakt mit seinen Anhängern zu bleiben. Denn vom Gefängnis heraus konnte der 61-jährige per Telefonanruf Zoom-Meetings der Reichsbürgergruppierung organisieren. Aber mittlerweile soll damit Schluss sein, wie das «Vaterland» aus informierten Kreisen in Erfahrung brachte.

## Wärter schauen Hofmann beim Tippen auf die Finger

Denn das letzte Zoom-Meeting des GCCL soll vor einem Monat, am 20. Februar, stattgefunden haben. Seitdem herrscht Funkstille. Aber im bisher letzten Treffen habe Carl-Peter Hofmann erklärt, dass nun immer ein Wärter anwesend sei, wenn er eine Nummer ins Telefon eintippe. Dass die Wärter ihm auf die Finger schauen, brachte Hofmann, gemäss informierten Kreisen, in Zusammenhang mit



Nächste Woche entscheidet der STGH über die Auslieferung des inhaftierten Reichsbürgers. Bild: E. Korac

der Berichterstattung zu den GCCL-Meetings aus dem Gefängnis. Auf Anfrage erklärte die Landespolizei hingegen, dass grundsätzlich jeder Insasse ein Gesuch stellen muss, wenn er telefonieren will. Dabei müsse er auch die entsprechende Telefonnummer angeben. Und dementsprechend werde bei Carl-

Peter Hofmann nur sichergestellt, «dass die Eingabe der Telefonnummer gemäss dem Gesuch getätigt wird», so die Landespolizei.

## Staatsgerichtshof entscheidet nächste Woche

Allzu lange wird Carl-Peter Hofmann aber nicht mehr in Auslie-

ferungshaft sitzen. In seiner kommenden Session vom 28./29. März wird der Staatsgerichtshof das endgültige Urteil darüber fällen, ob Hofmann an Österreich ausgeliefert wird. Das Nachbarland hat den 61-jährigen aufgrund einer Reihe von Straftaten zur Verhaftung ausgeschrieben. (equ)

# Verfahren gegen Universität bringt heikle Details ans Licht

Eine Zivilklage lässt aufhorchen: Ein Mitarbeiter verklagt die Uni Liechtenstein. Die ehemalige Rektorin Baumöl war als Zeugin geladen.

Ein entlassener Mitarbeiter klagt gegen die Uni Liechtenstein, weil ihm seine Kündigung sauer aufstösst. In einer über vierstündigen Verhandlung befasste sich das Landgericht gestern mit dieser arbeitsrechtlichen Angelegenheit und mit der Frage, wie es zur Entlassung im vergangenen Jahr kam, die in den Augen des Klägers offensichtlich streitbar ist. Der ehemalige Angestellte war in einer Doppelfunktion an der Universität Liechtenstein als wissenschaftlicher Mitarbeiter und als Datenschutzbeauftragter tätig. Die Uni kündigte ihren Hüter des Datenschutzes Anfang des Jahres 2021, während der Job als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Teilzeitpensum bis Sommer befristet war.

Interessant ist der Fall vor allem vor dem Hintergrund, dass die Uni innerhalb von fünf Jahren zwei Rektoren und zwei Prorektoren verlor. Die Fluktuationsrate ist für Aussenstehende beachtlich: Über einen dreijährigen Zeitraum von 2019 bis 2021 verzeichnete die Bildungseinrichtung insgesamt 95 Abgänge – bei einem aktuellen Mitarbeiterstand von knapp 200. Doch zurück zum Kläger selbst und dem gestrigen Ver-

fahren. Drei Zeugen – bis vor Kurzem noch Uni-Mitarbeiter – waren geladen, um der Frage auf den Grund zu gehen, wie es zur Entlassung des Klägers kam.

## Geriet ein ganzer Lehrstuhl ins Fadenkreuz?

Für Aussenstehende besonders auffällig war die Aussage der Zeugin Ulrike Baumöl, die ehemalige Rektorin der Uni bis zum April des vergangenen Jahres. Sie gab unter Eid zu Protokoll, dass sie der Präsident des Universitätsrates, Klaus Tschütscher, schriftlich aufgefordert hatte, den Datenschutzbeauftragten vor die Tür zu setzen. Der Grund: Tschütscher sah es als problematisch an, dass der Kläger auch interimistisch eine weitere Funktion als Programmleiter übernommen hatte – was Tschütscher laut Baumöl zufällig über die Webseite erfuhr.

Jener sah demnach einen Interessenkonflikt und stellte sich die Frage, ob die Tätigkeit als Datenschutzbeauftragter noch weitere Aufgaben in der Verwaltung der Uni gesetzlich erlaube. Nach Ansicht von Baumöl bestand weder ein Interessenkonflikt noch ein gesetzlicher Verstoss. Die kürzlich



Ein entlassener Mitarbeiter verklagt die Universität Liechtenstein.

Bild: Tatjana Schnalzgger

angepasste Dienst- und Besoldungsordnung der Uni Liechtenstein rückte in den Fokus: Die Anwältin des Klägers zielte in ihrer Befragung der Zeugen zum Beispiel darauf ab, herauszufinden, ob diese als Vorwändige, um die Kündigung des Datenschutzbeauftragten lediglich zu rechtfertigen. Baumöl verneinte das zwar, doch betonte sie: Erst später kam die Begründung seitens des Präsidenten des Uni-Rates hinzu, die Anpassung der Dienst- und Besoldungsordnung erlaube solche «Doppelfunktionen» nicht mehr. «Mir kam das wie eine

Ausrede vor», sagte Baumöl gestern vor Gericht.

## Rechtsextremismus: Eine interne Untersuchung

Durch was liess sie sich zu einer solchen Vermutung hinreissen? Sie berief sich auf einen Chat-Verlauf zwischen ihr und dem Präsidenten des Uni-Rates. Dabei sprach sie eine interne Untersuchung an, die es an der Uni unlängst gab. Nach einer anonymen E-Mail im Jahr 2019 wurde diese in Gang gesetzt, weil es Vorwürfe gegen einen Mitarbeiter gab, einen rechtsradikalen Hintergrund zu haben.

Der Eindruck bestand laut Baumöl beim Präsidenten des Universitätsrates, dass an dem betroffenen Lehrstuhl – an dem auch der Kläger tätig war – nicht alles mit rechten Dingen zugeht und der Lehrstuhl unter Generalverdacht gestellt wurde. Das schlussfolgerte Baumöl aus dem Chat-Verlauf mit dem Präsidenten, aus dem sie Passagen zitierte: «Diese Innsbrucker-Gang müssen wir so schnell wie möglich ausdünnen». Dabei empfand sie die «Anordnung», den Datenschutzbeauftragten zu entlassen, als Eingriff in ihre Aufgabenkompetenz – und auch

sonst seien Entscheide über ihren Kopf hinweg getroffen worden. Es wird schnell klar: Zwischen Rektorin und Universitätsrat kam es wohl zu einem schweren Zerwürfnis. Ein heikler Punkt: Der Vorgesetzte des Klägers war einer der drei Zeugen, doch seine Karriere bei der Uni nahm selbst kein gutes Ende, denn die Uni trennte sich von ihm. Der Grund: Er wurde für ein Steuerdelikt in Österreich aus der Zeit vor seiner Tätigkeit an der Universität Liechtenstein verurteilt.

Am Ende standen in diesem Verfahren die Fragen im Raum: Hat die Uni versucht, den Kläger unter einem Vorwand loszuwerden oder als Datenschutzbeauftragten abzuberufen? Und falls ja, aus welchen Gründen? Baumöl und der ehemalige Personalchef gaben an, dass ihnen keinerlei Fehlverhalten des Klägers bekannt war. Oder übertreibt der ehemalige Mitarbeiter, denn laut Baumöl war es vorgesehen, dass er seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter behalten hätte können? Ein Urteil wurde noch nicht gesprochen, da das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Dorothea Alber

# Auslieferung des Reichsbürgers: StGH weist Beschwerde ab

Aber bis der GCCL-Gründer Carl-Peter Hofmann ausgeliefert wird, dauert es noch. Derweil sammeln Hofmanns Anhänger Spenden.

Seit mehr als einem halben Jahr weilt Carl-Peter Hofmann, Gründer der Reichsbürger-Gruppierung «Global Court of the Common Law» bereits in Liechtenstein. Die Landespolizei nahm den 61-jährigen Deutschen im September im Zuge der Schliessung des Ruggeller Gasthofs Rössle fest.

Grund: Die Staatsanwaltschaft Graz schrieb Hofmann international zur Verhaftung aus, da ihm eine Reihe von Straftaten vorgeworfen werden: Gründung und massgebliche Beteiligung bei einer staatsfeindlichen Verbindung, schwerer gewerbsmässiger Betrug, Erpressung und Anstiftung zum Amtsmissbrauch in insgesamt 65 Fällen.

Vergangenen November entschied Liechtensteins Ober-

gericht, dass nichts gegen eine Auslieferung des GCCL-Gründers nach Österreich spreche. Aber der 61-jährige zog den Fall weiter auf die nächsthöheren Instanzen. Aber bereits Mitte Dezember wies der Oberste Gerichtshof die Beschwerde Hofmanns ab. Nun fasste auch der Staatsgerichtshof am 29. März dasselbe Urteil.

Der Beschwerdeführer war «mit keiner seiner Grundrechtsrügen erfolgreich, sodass der vorliegenden Individualbeschwerde spruchgemäss keine Folge zu geben ist», heisst es im Urteil des Staatsgerichtshofs.

## Hofmann sitzt noch etwas länger in Vaduz

Allerdings lässt die Auslieferung nach Österreich noch auf sich warten. Wie die Landespo-

lizei auf Anfrage mitteilt, sitzt Hofmann immer noch im Landesgefängnis in Vaduz. Darüber, wann die Auslieferung voraussichtlich stattfinden wird, wollte die Polizei aber keine Auskunft geben.

Das Obergericht teilt aber mit, dass Carl-Peter Hofmann bereits vor Eingang des Urteils einen Wiederaufnahmeantrag stellte. Das Gericht werde über diesen zügig einen Entscheid treffen. Welchen Einfluss der Antrag aber auf die nun rechtsgültig entschiedene Auslieferung Hofmanns habe, entziehe sich der Kompetenz des Obergerichts.

Denn das Auslieferungsprozedere handhaben das Amt für Justiz und das Landgericht. Aber in der Regel werde mit der Auslieferung gewartet, bis ein



Reichsbürger Carl-Peter Hofmann sitzt bereits seit einem halben Jahr im Landesgefängnis.

Bild: Elma Korac

Entscheid über den Wiederaufnahmeantrag gefallen ist.

## GCCL bittet um Spende von 4000 Euro

Dass Hofmanns Beschwerde abgewiesen wurde, findet auf den digitalen Kanälen des GCCL bislang keine Erwähnung. Stattdessen hiess es dort jüngst, dass die Gruppierung «in der Angelegenheit um CP (Carl-Peter Hofmann) einen grossen Schritt weitergekommen» sei.

Doch nun brauche es die Mithilfe aller GCCL-Mitglieder in der Form einer Spende: «Um CP freizubekommen, benötigen wir ca. 4000 Euro für einen Anwalt. Wenn alles gut geht, werden wir euren Anteil zurückerstatten, wenn ihr es wollt.» (equ)

# Drohungen gegen Politiker und Behörden haben sich verdoppelt

**Prävention** 94 Meldungen gingen vergangenes Jahr bei der Fachstelle Bedrohungsmanagement ein. Jeder fünfte Fall betraf eine Drohung gegen die Obrigkeit. Aus Sicht der Landespolizei ist das eine direkte Folge der Corona-Massnahmen.

VON MICHAEL WANGER

Die 2G-Regel ermöglichte zwar die Rückkehr zur Normalität, doch profitierten nur diejenigen davon, die sich auch gegen das Coronavirus impfen liessen. Fortan sasssen nicht mehr alle Menschen im selben Boot. Damit tat sich in der Bevölkerung ein Graben auf. Eine Tatsache, die

Polizeichef Jules Hoch bereits Anfang dieses Jahres in einem Interview mit dem «Volksblatt» erkannte. Manche Kritiker machten ihrem Unmut in Mails, Briefen, auf sozialen Netzwerken aber auch an den wöchentlichen Montagsdemonstrationen auf dem Peter-Kaiser-Platz Luft. Nicht selten artete dieser Unmut in Drohungen aus, die sich vor allem

gegen Politiker richteten. Wenig überraschend verzeichnete die Fachstelle Bedrohungsmanagement der Landespolizei (FBM) zwischen 2020 und 2021 einen deutlichen Anstieg bei den Meldungen zu bedrohlichem Verhalten gegenüber Behörden und Institutionen. Mit 20 Fällen waren es sogar fast doppelt so viele wie im Vorjahr.

Auch gingen mehr Meldungen zu Extremisten (6) und zu Personen mit psychischen, bedrohlich wirkenden Auffälligkeiten (17) bei der FBM ein. Ob auch dieser Anstieg auf die Corona-Massnahmen zurückzuführen ist, lässt die Landespolizei im Jahresbericht offen. Die Radikalisierung mancher Massnahmengegner hielt die FBM jedenfalls auf Trab. Seite 3

## Häusliche Gewalt löste meiste Meldungen aus

**Rückblick** Die meisten Meldungen, die 2021 bei der Fachstelle Bedrohungsmanagement eingingen, betrafen häusliche Gewalt. Die rasche Reaktion habe eine Eskalation der Streits in der Regel verhindert. Damit scheint sich das Prinzip der Fachstelle zu bewähren.

VON MICHAEL WANGER

Erst 37, dann 60, jetzt 94: Seit der Gründung der Fachstelle Bedrohungsmanagement der Landespolizei (FBM) im Jahr 2019 hat sich die Zahl der Meldungen fast verdreifacht. 2021 gab es praktisch in allen Bereichen mehr Anfragen. Dies geht aus dem aktuellen Jahresbericht der Landespolizei hervor. Bei 16 Meldungen handelte es sich um Wiederaufnahmen von bereits abgeschlossenen Fällen. Bei 15 Anfragen habe die FBM zudem anonyme Beratungen durchgeführt. Die meis-

ten Meldungen, nämlich 23, betrafen Fälle von häuslicher Gewalt. Damit waren es sieben mehr als im Vorjahr. Einen Zusammenhang mit der Pandemie schliesst die Landespolizei aber aus.

In den meisten Fällen konnte die FBM gemäss eigenen Angaben eine Eskalation des Konflikts verhindern, indem sie mit den Betroffenen sprach. Oftmals sei es hilfreich, auch die Ansicht des «Störers» einzuholen, um den Streit langfristig zu beheben oder zumindest Massnahmen einzuleiten. Hierfür greife die FBM auf Stellen zurück, die sich auf solche Konfliktsituationen spezialisiert haben.

### Anzahl Meldungen nach Bereich

- Häusliche Gewalt: 23
- Bedrohliches Verhalten gegenüber einer Behörde oder Institution: 20
- Psychische Auffälligkeit: 17
- Bedrohliches Verhalten allgemein: 16
- Bedrohliches Verhalten am Arbeitsplatz: 3
- Extremismus: 6
- Stalking: 6
- Sexuelle Gewalt: 2
- Nicht zugeordnet: 1



Dank Gesprächen und Vermittlungen von weiteren Anlaufstellen konnte die Landespolizei viele Konflikte entschärfen. (Symbfoto: Shutterstock)

# «Barrierefreiheit bedeutet nicht nur reine Rollstuhlgängigkeit»

**Rückblick** Der Verein für Menschenrechte führte 2021 neue Kampagnen zur Inklusion Benachteiligter und zur Verbesserung des Kinderschutzes ein. Aber auch die Coronapandemie mit all ihren Nebenerscheinungen hielt den Verein auf Trab.

VON TATJANA BÜCHEL

Zentrale Aufgaben des Vereins für Menschenrechte (VMR) sind die Beobachtung der Menschenrechtslage sowie die Bearbeitung von Beschwerden. Im vergangenen Jahr gingen insgesamt 55 solcher Beschwerden ein - 10 mehr als noch im Vorjahr. 20 davon wurden im Zusammenhang mit Kinderrechten bei der Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche (OSKJ) eingereicht. Im Umkehrschluss gingen also 35 Menschenrechtsbeschwerden ein, wobei sieben das Verbot der Diskriminierung betrafen: «Zwei davon aufgrund der Ethnie beziehungsweise Herkunft, zwei aufgrund des Geschlechts, und jeweils eine aufgrund des Alters, einer Behinderung und der sexuellen Orientierung», wie im Jahresbericht festgehalten wird.

## Schon viel erreicht ...

Und genau hier setzte der VMR gemeinsam mit weiteren Fach- und Stellen an. Es wurden verschiedene Kampagnen und Projekte lanciert, die eben solchen Diskriminierungen entgegenwirken sollen. Gemeinsam mit dem Amt für Gesundheit wurde im Herbst beispielsweise das zweijährige Pilotprojekt «Interkulturelles Dolmetschen in Arztpraxen» ins Leben gerufen. Damit soll die sprachliche Verständigung zwischen dem medizinischen Personal und fremdsprachigen Patientinnen und Patienten sichergestellt werden. Aber auch der kulturelle Hintergrund der Menschen soll berücksichtigt werden, denn «die Konzepte von Gesundheit und Krankheit sowie Vorstellungen von heilenden Therapien sind kulturell verschieden», so der VMR.

Neben vielen weiteren Projekten des VMR - unter anderem in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für Chancengleichheit, dem Verein Play oder dem Frauennetz - lancierte die OKSJ 2021 auch die einjährige Kampagne «Gewalt-FREI erziehen». In Zusammenarbeit mit der Kinderlobby soll so seit September 2021 aufgezeigt werden, dass Gewalt in der Kindererziehung keine Lösung ist und es immer alternative Handlungsoptionen gibt. Denn immerhin war der häufigste Grund für Beschwerden betreffend die Kinderrechte im vergangenen Jahr der Schutz vor Gewalt, Misshandlung oder Verwahrlosung.

## ... und noch mehr vor

Generell wurde einiges zur Prävention von häuslicher aber auch von geschlechterspezifischer Gewalt getan. So ratifizierte Liechtenstein 2021 die Istanbul-Konvention. Diese setzte neue Massstäbe in Sachen Gewaltschutz, wie die Geschäftsstellenleiterin des VMR, Alicia Längle, gestern an der Jahresversammlung erklärte. Auf Grundlage dieser werde nun von einer Arbeitsgruppe des Amtes für Soziale Dienste auch eine umfassende Gewaltschutzstrategie ausgearbeitet.

Ausserdem steht in Sachen Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ein Paradigmenwechsel an, wie Längle betont. Und zwar mit der UNO-Behindertenrechtskonvention. «Sie legt den Fokus nicht mehr auf die Bedürftigkeit von Menschen mit Behinderung, sondern auf ihre Rechte», so die Geschäftsstellenleiterin. Dabei werden vor allem die Inklusion sowie die Barrierefreiheit gefördert. Und zwar Barrierefreiheit in allen Belangen: «Man meint oft, Barrierefreiheit sei reine Rollstuhlgängigkeit. Das ist aber nicht alles. Es bedeutet auch, Informationen für alle Menschen zugänglich zu machen.» Alle Strukturen, Gesetze und Abläufe sollen demnach so ausgestaltet sein, dass Men-



Der Vorstand des VMR blickte an der gestrigen Jahresversammlung auf ein ereignisreiches Jahr zurück. (Foto: Paul Trummer)

schen mit Behinderung im gleichen Ausmass an gesellschaftlichen, politischen und privaten Leben teilhaben können, wie alle anderen.

## Meinungsfreiheit oder Straftat?

Im vergangenen Jahr habe aber auch die Coronapandemie die Arbeit des VMR stark geprägt. Verschiedene Massnahmen wurden erlassen und wöchentliche Kundgebungen fanden statt. Ausserdem forderte die Regierung eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Pandemiebewältigung, wobei der VMR die Massnahmen auf ihre menschen- und verfassungsrechtliche Konformität hin prüfte. Dabei kam er zum Schluss, dass die Massnahmen grundsätzlich verhältnismässig waren - mit einer Ausnah-

me: «Die Massnahmen, welche das Landesgefängnis zum Schutz der Covid-19-Pandemie ergriff, wurden vom VMR als unverhältnismässig und damit menschenrechtlich bedenklich kritisiert», heisst es im Jahresbericht. Denn das physische Kontaktverbot für Inhaftierte dauerte ohne Unterbruch ganze eineinhalb Jahre. Der VMR spricht dabei von einer Verletzung verschiedener Bestimmungen zum Schutz der Familie, des Privatlebens und zum Schutz des Kindeswohls verletzt. Denn insbesondere Kinder hätten ein Recht auf Kontakt mit inhaftierten Familienangehörigen.

Ein anderes Recht, von dem viele Gebrauch machten, war das Recht auf Meinungsäusserung. Ob auf dem Pe-

ter-Kaiser-Platz, in Leserbriefen oder im Internet: Die Massnahmen wurden debattiert und kritisiert. Und genau damit befasste sich der VMR. In einigen Fällen sei wegen übler Nachrede und möglicher Verletzung der Diskriminierungsstrafnorm ermittelt worden - ohne strafrechtliche Folgen. Jedoch kam es bei Vergleichen der Coronamassnahmen mit dem Holocaust in den sozialen Medien zu diversen Verurteilungen. Denn wie der VMR im Jahresbericht betont, gibt es auch beim Recht auf Meinungsäusserungen strafrechtliche Grenzen. Nämlich dann, wenn Personen angegriffen oder beleidigt werden, wenn Vergleiche mit dem Nationalsozialismus gezogen oder Völkermorde harmlos werden.

# Dominique Hasler betont die Bedeutung des Europarats

Das jährliche Treffen der Aussenministerinnen und Aussenminister des Europarats fand dieses Jahr unter italienischem Vorsitz in Turin statt. Alle Mitgliedsländer des Europarates sind verpflichtet, den Vorsitz im Europarat für jeweils ein halbes Jahr zu übernehmen. Liechtenstein wird diese Präsidentschaft im November 2023 übernehmen. Regierungsrätin Hasler bekannte sich in Turin erneut zum Multilateralismus und setzte sich für eine Stärkung und Modernisierung des Europarats ein.

## «Die Werte des Europarats sind unsere Werte»

Der Europarat in Strassburg setzt sich für den Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ein. Er ist für Liechtenstein eine wichtige Organisation zur Zusammenarbeit auf Regierungs-, Parlaments- und Expertenebene. Liechtenstein engagiert sich unter anderem aktiv im Bereich der Menschenrechte, der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung und Geldwäsche, aber auch der Korruptionsbekämpfung. Zudem haben die Europaratsübereinkommen für die Rechtsentwicklung und Praxis in Liechtenstein eine hohe Bedeutung. Der für die Einhaltung der Menschenrechtskonvention (EMRK) errichtete Eu-

ropäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ist Teil des Europarates und urteilt über Beschwerden in Bezug auf die Verletzung von Grundrechten. Auch Personen aus Liechtenstein können an den EGMR gelangen.

Regierungsrätin Dominique Hasler brachte in ihrer Rede die Solidarität Liechtensteins mit der ukrainischen Bevölkerung zum Ausdruck und verurteilte die Aggression Russlands erneut aufs Schärfste. Sie betonte die Bedeutung des Europarats, gerade in Zeiten wie diesen, in denen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verstärkt bedroht sind und Menschenrechte teils erheblich verletzt werden. «Die Werte des Europarats sind unsere Werte. In unserer aussenpolitischen Arbeit setzen wir uns daher tagtäglich für den Schutz dieser grundlegenden Werte ein», so Regierungsrätin Hasler. Sie versicherte, dass Liechtenstein dem anstehenden liechtensteinischen Vorsitz im Ministerkomitee höchste Priorität beimessen wird. Mit der im Oktober 2021 erfolgten Ratifikation der Istanbul-Konvention hat Liechtenstein bereits ein starkes Zeichen gegen Gewalt gegen Frauen und gegen häusliche Gewalt gesetzt. Das Engagement für Frauenrechte ist seit Jahren wichtiger Bestandteil der liechtensteinischen Aussenpoli-



Aussenministerin Dominique Hasler betonte bei ihrer Rede die Bedeutung des Europarats. Bild: Ansa/CoE

tik. Die Ratifikation war somit ein wichtiger und logischer Schritt.

## Fokus auf die Rechte von Kindern und Frauen gelegt

Der italienische Aussenminister Luigi Di Maio amtierte während der letzten sechs Monate als Vorsitzender des Ministerkomitees des Europarats. In dieser Rolle leitete er auch die Ministersession in Turin. Italien legte in sei-

ner Präsidentschaft den Fokus insbesondere auf Kultur, die Stärkung der Rechte von Kindern und Frauen sowie die Bekämpfung von Cybercrime. Die italienische Präsidentschaft stand jedoch vor allem im Zeichen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine. Unter italienischem Vorsitz wurde die Russische Föderation zunächst suspendiert und Mitte März aus dem Europarat ausgeschlossen. (ikr)



# Zwei Botschafter kommen an die Pride

Der Verein Flay will an der ersten Pride in Liechtenstein Entscheidungsträger zusammenbringen.

**Julia Strauss**

Bald ist es soweit: Der Schaaner Lindahof wird bunt und queer. Denn am 11. Juni findet in Liechtenstein die erste Pride statt, organisiert vom Verein Flay. Das Organisationsteam steckt mitten in den Vorbereitungen und gab nun bekannt: An der Veranstaltung und der Podiumsdiskussion wird nicht nur Gesellschaftsminister Manuel Frick teilnehmen. Gleich zwei Botschafter werden ebenfalls in Schaan vorbeischaun.

Stefan Marxer, Vorstandsmitglied von Flay, freut sich auf die diplomatischen Gäste und eine hoffentlich zahlreich erscheinende Bevölkerung. Der Verein Flay will zeigen: «Wir sind nicht nur ein paar Köpfe mit einer lauten Klappe, wir können auch etwas bewegen.»

## In Schaan mit offenen Armen empfangen

Dass die erste Pride in Schaan stattfinden wird, ist kein Zufall. Bereits zweimal führte Flay auf dem Lindahof den «Idahobit», den Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie durch. Die bunten Regenbogenflaggen wurden gar von der Gemeinde gesponsert. «Dass wir immer so unterstützt und mit offenen Armen empfangen wurden, ist nicht selbstverständlich», bedankt sich Marxer. Und so wird Schaans Vorsteher Daniel Hilti an der

Pride den Anlass eröffnen und erste Grussworte an die Teilnehmenden richten.

## Britische Botschaft halb bei den Kontakten

Dass im Laufe des Tages gleich zwei Botschafter Liechtenstein besuchen werden, hat eine längere Vorgeschichte. Die britische Botschaft hat noch vor dem Ukraine-Krieg als Schwerpunkt für ihre Arbeit beschlossen, sogenannte Graswurzelbewegungen vor Ort zu unterstützen. Dabei handelt es sich um ehrenamtliche Vereine oder Institutionen, die sich niederschwellig für Gleichstellung in den unterschiedlichsten Bereichen engagieren. «Sei das Inklusion, Frauenrechte, gegen Rassismus oder eben bei LGBTIAQ+», erklärt Marxer.

Und so wurde die britische Botschaft darauf aufmerksam, dass ein kleiner Verein in Liechtenstein die erste Pride im Land veranstaltet. Sie fragten bei den Verantwortlichen nach, wie die Pride unterstützt werden kann. Nicht finanziell, aber mit ihrem umfangreichen Netzwerk. Sie waren es dann auch, die die britische Botschafterin für die Schweiz und Liechtenstein, Jane Owen, als Rednerin vorschlugen.

«Darauf sind wir natürlich gleich aufgesprungen», so Marxer und verweist auch gleich auf den zweiten hochrangigen Diplomaten, der in Schaan eine



Stefan Marxer (2. v.l.) bei der britischen Botschaft.

Bild: zvg

Ansprache halten wird. Als die Vereinsmitglieder erfuhren, dass Scott Miller amerikanischer Botschafter für die Schweiz und Liechtenstein wird, war klar: «Das wäre der Oberhammer, wenn wir ihn als Redner gewinnen könnten.» Denn Miller ist bekannt als Aktivist in der LGBTIAQ+-Gemeinschaft. Und auch hier half die britische Botschaft und vermittelte die Kontakte.

## Schweizer Nationalrätin wird sprechen

Ebenfalls eine Rede halten und zusätzlich an der Podiumsdiskussion teilnehmen wird die Schweizer Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher. Marxer traf sie an der Generalversammlung des Vereins Gay Leadership und fragte sie «ganz frech», ob sie Teil der Pride sein wolle. Für ihn ist wichtig, auch die Schweizer Sicht in die Diskussion mit einzubringen. Vincenz-Stauffacher ist bei der FDP, welche «jetzt nicht unbedingt die fortschrittlichste Partei in Bezug auf gesellschaftliche Themen ist. Aber in Bezug auf Gleichstellung in der LGBTIAQ+-Gemeinschaft sind sie total offen», so Marxer. Und das bringe einen ähnlichen Ansatz, wie auch unsere Grossparteien verfolgen würden.

Um alle Politiker ins Gespräch zu bringen, hat der Verein Flay extra einen eigenen Tisch reserviert. Dort soll auch

Gesellschaftsminister Manuel Frick sitzen. Aber Marxer hofft, dass noch weitere Regierungsmitglieder sowie Landtagsabgeordnete den Weg nach Schaan finden werden. «Unser Ziel war es, möglichst viele Entscheidungsträger an die Pride zu bringen. So kann es sich niemand leisten, uns zu ignorieren», so Marxer selbstbewusst.

So kann die queere Gemeinschaft klarmachen: «Wenn wir wollen, haben wir auch Power. Denn ich kann mir vorstellen, dass uns viele nicht ernst genommen haben in gewissen Kreisen. Und das ändern wir jetzt – aber so richtig!»

Denn kommen internationale Botschafter nach Liechtenstein, wächst der Druck auf die Entscheidungsträger. Schliesslich wird das Land beobachtet, an zukünftigen Treffen, wie in der Berner Botschaft vor wenigen Tagen, wird nachgefragt, ob sich im kleinen Land etwas getan hat.

Bewusst verzichtet hat der Verein Flay darauf, den Erzbischof oder gewisse Leserbrieftreiber einzuladen. «Wir wollen an dem Anlass unsere Positionen vertreten und nicht den Gegnern eine Bühne bieten», so Marxer. Und trotzdem hält er fest: «Wir schliessen niemanden aus. Sollte jemand seine gegenteilige Meinung auf der Bühne vertreten, werde ich denjenigen sprechen lassen.»

## Liechtenstein liefert Reichsbürger an Österreich aus

Der in Liechtenstein inhaftierte deutsche Staatsangehörige Carl-Peter Hofmann wurde gestern an Österreich ausgeliefert.

Am 23. September 2021 setzte die Landespolizei die behördliche Schliessung des Landgasthofs Rössle durch, nachdem weiterhin Gäste bewirtet wurden. Die Schliessung wurde aufgrund der Weigerung, die 3G-Regeln im Rahmen der Coronamassnahmen einzuhalten, ausgesprochen. Bei der damaligen Personenkontrolle der Landespolizei wurde der 61-jährige Carl-Peter Hofmann verhaftet. Die Staatsanwaltschaft Graz hatte Hofmann international zur Verhaftung ausgeschrieben, da ihm eine Reihe von Straftaten vorgeworfen werden: Gründung und massgebliche Beteiligung bei einer staatsfeindlichen Verbindung, schwerer gewerbmässiger Betrug, Erpressung und Anstiftung zum Amtsmissbrauch in insgesamt 65 Fällen.

Hofmann ist der Gründer des «Global Court of the Common Law» (GCCL). Die Gruppierung, die auf einer rechten Schiene fährt, erkennt souveräne Staaten und ihre Institutionen nicht

an. Stattdessen lehnt sich der Pseudogerichtshof stark an biblische Grundsätze an und stellt diese über die staatlichen Gesetze. Kurz: Die Ideologie ist praktisch identisch mit der Reichsbürger-Bewegung in Deutschland.

Um seine Auslieferung nach Österreich zu verhindern, zog Carl-Peter Hofmann durch sämtliche Gerichtsstanzen in Liechtenstein: Nachdem das Obergericht im November bereits entschied, dass nichts gegen eine Auslieferung spreche, zog der 61-jährige den Fall weiter an den Obersten Gerichtshof. Dieser wies im Dezember die Beschwerde ab. Zum gleichen Urteil kam der Staatsgerichtshof Ende März. Gestern teilte das Landgericht den Medien mit, «dass der über Internationales Rechtshilfeersuchen der Staatsanwaltschaft Graz (A) in Liechtenstein inhaftierte deutsche Staatsangehörige C.-P. Hofmann heute, 8.6.2022, an die Republik Österreich ausgeliefert wurde». (*sap*)

## Nach Graz «Reichsbürger» endgültig ausgeliefert

**VADUZ** Nach fast neun Monaten in Auslieferungshaft wurde Carl Peter Hofmann am Mittwoch den österreichischen Behörden übergeben. Das teilte das Landgericht mit. Damit leistet Liechtenstein einem Auslieferungsgesuch der Staatsanwaltschaft Graz Folge. Diese wirft dem Deutschen die Gründung einer staatsfeindlichen Verbindung, die Anstiftung zum Missbrauch der Amtsgewalt, Erpressung, schwerer gewerbs-

mässiger Betrug sowie weitere Straftaten vor und hatte ihn deswegen international zur Fahndung ausgeschrieben. Am 23. September 2021 ging Hofmann schliesslich der Liechtensteinischen Landespolizei in Ruggell ins Netz, als diese die behördliche Schliessung des Landgasthofs Rössle wegen Verstosses gegen die Coronamassnahmen durchsetzte. Die Polizei traf dabei auf mehrere «Angehörige der Reichsbürgerbewe-

gung», wie sie damals mitteilte. Carl Peter Hofmann ist unter den «Reichsbürgern» und Staatenverweigerern eine Schlüsselfigur, unter anderem als Gründer eines Pseudogerichtshofes. Gegen seine Auslieferung nach Österreich kämpfte Hofmann nach seiner Festnahme fast über den gesamten Instanzenzug hinweg erfolglos. Zuletzt entschied der Staatsgerichtshof (StGH), dass Hofmann ausgeliefert werden darf. (red/pd)

# Keine grossen Gewaltvorfälle, aber mehr «Hatespeech»

Auch im Jahr 2021 war es in Bezug auf sichtbaren Extremismus relativ ruhig.

Um Ereignisse, Entwicklungen und Vorfälle im Bereich Extremismus in Liechtenstein zu beobachten und zu dokumentieren, wurde das Liechtenstein-Institut von der Gewaltschutzkommission der Regierung beauftragt, einen jährlichen Monitoringbericht zu erstellen. Nun liegt der Bericht für das Jahr 2021 vor und spricht – abgesehen von einzelnen Fällen – von einem ruhigen Jahr.

## Reden und Plakate mit problematischen Inhalten

Seit mehreren Jahren sind in Liechtenstein keine grösseren Gewaltvorfälle mit extremistischem Hintergrund zu verzeichnen. Aufgrund der Covid-19-Pandemie war das Jahr 2021 allerdings auch durch eine zunehmende Zahl an Veranstaltungen gegen die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie gekennzeichnet. «An diesen Kundgebungen wurden teilweise Reden und Plakate mit problematischen Inhalten gehalten und gezeigt. Dabei kam es auch zu verbalen Entgleisungen (Holocaust-Verharmlosungen, Beleidigungen) einzelner Personen bzw. Gruppen, was zu Anzeigen führte», wird im Monitoringbericht festgehalten. Zudem sei festzustellen gewesen, dass sich in Teilen der massnahmenkritischen Bewegung in Liechtenstein ähnliche Tendenzen wie in radikalisierten Szenen anderer europäischer Länder verfestigt hätten. Dabei seien die staatlichen Covid-19-Massnahmen als fundamentale Bedrohung der verfassungsmässigen Freiheitsrechte



Im Rahmen der Coronademonstrationen in Vaduz kam es unter anderem zu verbalen Entgleisungen – auch Plakate mit problematischen Inhalten wurden gezeigt. Bild: Daniel Schwendener (17.9.21)

dargelegt und daraus ein Widerstandsrecht abgeleitet worden. «Diese sich radikalisierenden Tendenzen waren in Liechtenstein auch durch die Festnahme eines international gesuchten Staatsleugners im Umfeld von Covid-19-Massnahmenkritiker festzustellen.»

## Hassreden nehmen zu – vor allem auf Social Media

In Bezug auf «Hatespeech» wird im Bericht festgehalten, dass die einfachen Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten im virtuellen Raum auch zu einer Zunahme an Verunglimpfungen, Beschimpfun-

gen und Hassaufrufen gegen gewisse Gruppen, Einzelpersonen oder Minderheiten geführt habe. «Diese sogenannten Hassreden beinhalten nicht selten Falschnachrichten und antidemokratische sowie extremistische Inhalte und finden im Internet und auf digitalen Plattformen eine rasche Verbreitung. Bestimmte Formen der Hassrede sind in Liechtenstein strafrechtlich verboten.»

Im Berichtsjahr haben zudem die Meldungen bei der Fachstelle für Bedrohungsmanagement wegen Personen, die in einer als bedrohlich erlebten Art und Weise an mit der

Pandemie zusammenhängenden Massnahmen Kritik übten, deutlich zu.

Aufgrund der teilweise radikalisierten Äusserungen in den sozialen Medien, aber auch in E-Mails und Briefen intensivierte die Fachstelle die Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz. Speziell bei bedrohlichen Posts in den sozialen Medien mussten die Verfasser durch sogenannte «deanonymisierende Briefe» informiert werden, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist und derartige Äusserungen strafrechtliche Folgen haben können. (dv)

# Coronapandemie als Zünder: Drohungen im Netz nehmen zu

**Bilanz** Während es in der rechtsextremen Szene ruhig blieb, beschäftigten vor allem Coronaleugner und radikale Massnahmenkritiker die Behörden. Das zeigt der gestern veröffentlichte Extremismusbericht 2021.

Ursprünglich konzentrierte sich der jährliche Extremismusbericht auf Vorfälle in der rechtsextremen Szene, in der es seit längerem relativ ruhig bleibt. Seit 2015 beleuchtet der Bericht unter dem Stichwort «extremistisch» auch politisch, politisch-religiös oder anders ideologisch motivierte Bewegungen, welche die staatliche Grundordnung und deren Prinzipien gefährden könnten.

Das Liechtenstein-Institut arbeitet im Auftrag der Gewaltschutzkommission den jährlichen Bericht aus und stützt sich dabei auf die Archive der Landeszeitungen sowie die einschlägigen Institutionen. Demnach wurde 2021 kein Fall von Linksextremismus verzeichnet und auch in der rechtsextremen Szene seien keine wesentlichen Bewegungen verzeichnet worden. Autorin Patricia Hor-

nich spricht in Bezug auf sichtbaren Extremismus von einem «ruhigen Jahr». Seit mehreren Jahren seien keine grösseren Gewaltvorfälle mit extremistischem Hintergrund zu verzeichnen.

## Radikale Massnahmegegner

Ruhig war 2021 dennoch nicht, verweist Hornich auf die zahlreichen Demonstrationen gegen die Corona-Massnahmen. «An diesen Kundgebungen wurden teilweise Reden und Plakate mit problematischen Inhalten gehalten und gezeigt. Dabei kam es auch zu verbalen Entgleisungen (Holocaust-Verharmlosungen, Beleidigungen) einzelner Personen beziehungsweise Gruppen, was zu Anzeigen führte», fasste sie im am Donnerstag erschienenen Extremismusbericht 2021 zusammen. Zudem sei zu beobachten, dass sich in Teilen der massnahmenkritischen Bewegung in Liechtenstein ähnliche Tendenzen wie in radikalisierten Szenen anderer europäischer Länder verfestigten. «Dabei wurden die staatlichen Covid-19-Massnahmen als fundamentale Bedrohung der verfassungsmässigen Freiheitsrechte dargelegt und daraus ein Widerstandsrecht abgeleitet», heisst es im Bericht. Die Meldungen bei der Fachstelle

Bedrohungsmanagement haben sich

2021 mit insgesamt 94 Meldungen gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich erhöht (60). In 20 Fällen handelte es sich um bedrohliches Verhalten gegenüber Behörden oder Institutionen, in 6 Fällen ist einer Bedrohung ein extremistischer Hintergrund zuzuordnen (2020: 1).

Hornich beobachtet eine Zunahme an Verunglimpfungen, Beschimpfungen und Hassaufrufen gegen gewisse Gruppen im Internet - also «Hate Speech». «Diese sogenannten Hassreden beinhalten nicht selten Falschnachrichten und anti-demokratische sowie extremistische Inhalte und finden im Internet und auf digitalen Plattformen eine rasche Verbreitung», so Hornich. Auch die Medien mussten aufgrund ihrer Sorgfaltspflicht vermehrt Kommentare in den sozialen Netzwerken löschen, die strafrechtlich relevant sein könnten. 2021 hätten die Meldungen bei der Fachstelle für Bedrohungsmanagement wegen Personen, die die Corona-Massnahmen in einer als bedrohlich erlebten Art und Weise kritisierten, deutlich zugenommen. Aufgrund der teilweise radikalisierten Äusserungen in den sozialen Medien, aber auch in E-Mails und Briefen intensivierte die Fachstelle die Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz.

Speziell bei bedrohlichen Posts in den sozialen Medien mussten die Verfasser durch sogenannte «deanonymisierende Briefe» informiert werden, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist und derartige Äusserungen strafrechtliche Folgen haben können. Gegen eine Person wurde sogar Strafanzeige wegen gefährlicher Bedrohung erhoben. Der Beschuldigte hatte im September 2021 in der öffentlichen Telegram-Gruppe «Stay awake Liechtenstein» Gesundheitsminister Manuel Frick und dessen Vorgänger Mauro Pedrazzini mit dem Tod bedroht. Das Gericht verurteilte dem Mann im Januar 2022 zu einer bedingten Geldstrafe.

## Verhaftung vor «Rössle» ein trauriger Höhepunkt

«Besondere Aufmerksamkeit erhielt ein Vorfall am 23. September 2021», erinnert Hornich an die Verhaftung eines international gesuchten Deutschen im Rahmen der Schliessung des Gasthaus «Rössle» in Ruggell. Der Reichsbürger und Gründer des Pseudo-Gerichtshofs «Global Court of the Common Law» (GCCL) wurde am Mittwoch an Österreich ausgeliefert. In Österreich wie auch in anderen Staaten wird der GCCL juristisch als staatsfeindliche Verbindung angesehen, der weder die Justiz noch



(Archivfoto: Trummer)

die Gesetze eines Staates anerkennt. «Sie kann als dem Rechtsextremismus nahe beschrieben werden, weil Grundelemente wie Ablehnung des Rechtsstaats und Nationalismus sowie Gewaltbereitschaft als wesentliche Ideologien vertreten sind», heisst es im Extremismusbericht.

## Wegen Diskriminierung verurteilt

Der Bericht bezieht sich ausserdem auf die Kriminalstatistik der Landespolizei. Dort sind 6 politisch-religiös motivierte Delikte aufgeführt, im vergangenen Jahr waren es 10. In 5 Fällen handelte es sich um Diskriminierung, in einem Fall erfüllte das Delikt den Tatbestand des verbotenen Nachrichtendienstes. 2021 kam es zu drei Urteilen aufgrund von Diskriminierung, unter anderem wegen der sexuellen Orientierung. Eine weitere Verurteilung bezog sich auf einen Mann, der auf Facebook den Holocaust leugnete. Das dritte Urteil betrifft eine rassistisch motivierte Straftat. Seit 2017 ist damit erstmals wieder jemand verurteilt worden, weil er einen anderen wegen seiner Rasse, Ethnie oder Nationalität diskriminiert hatte. (df)

# Microsoft warnt vor Schadsoftware mit Verbindungen nach Liechtenstein

Selbst der US-Geheimdienstsausschuss wird eingeschaltet: Eine Wiener Firma soll ein Spionageprogramm entwickelt und verkauft haben.

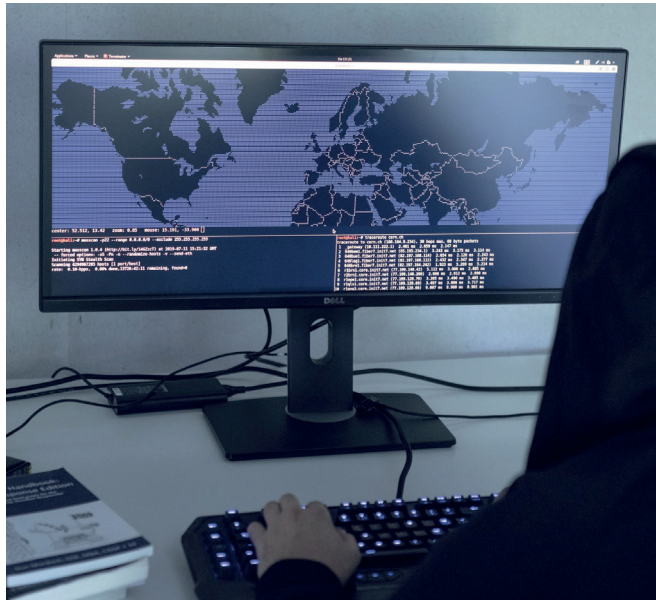
Elias Quaderer

«Mit 20 Jahren Erfahrung in der Bereitstellung massgeschneiderter Forschungs- und Sicherheitslösungen arbeiten wir mit absoluter Diskretion an sensiblen Projekten für globale Kunden und marktführende Unternehmen.» Mit dieser Einleitung stellt sich das Wiener Unternehmen DSIRF auf seiner Webseite vor. Was hinter diesen «sensiblen Projekten» steckt? Dazu äusserte das Sicherheitsteam von Microsoft vergangenen Donnerstag einen happigen Vorwurf: DSIRF soll verantwortlich sein für die Entwicklung von «Subzero» – einer Schadsoftware mit dem Zweck, vertrauliche Passwörter oder Anmeldeinformationen abzugreifen.

Nach Angaben von Microsoft zählen zu den Opfern der Schadsoftware Banken, Anwaltskanzleien und Unternehmensberatungen in Österreich, Grossbritannien und Panama.

## «Gefahr für nationale Sicherheit der USA»

Das Wiener Unternehmen selbst verwehrt sich gegen die Vorwürfe, die Software missbräuchlich verwendet zu haben. Subzero werde «gewerblich weder angeboten, verkauft noch zur Benutzung bereitgestellt», heisst es in einer Mitteilung von DSIRF. Die Firma habe einen externen Gutachter beauftragt, um die von



Die Spionagesoftware «Subzero» hat es auf Banken und Anwaltskanzleien abgesehen. Bild: Keystone

Microsoft «aufgeworfenen Fragen» aufzuklären. Zudem habe DSIRF eine interne Untersuchung eingeleitet.

Microsoft hält hingegen die Spionagetätigkeiten von DSIRF für derart bedrohlich, dass der

IT-Konzern den Geheimdienstsausschuss des US-Repräsentantenhauses kontaktierte. Wie der «Tagesanzeiger» berichtete, warnt Microsoft in seinem Bericht an den Ausschuss, dass das Wiener Unternehmen eine

«Gefahr für die nationale Sicherheit der USA» darstelle.

## Firmenkonstrukt führt zu Schaaner Treuhandbüro

Bis Mitte Juli hiess es auf der Website von DSIRF, dass das

Unternehmen Büros in Wien und Liechtenstein besitze. Tatsächlich führen über ein komplexes Firmengeflecht Verbindungen des Software-Entwicklers bis ins Fürstentum. Denn die Eigentümerin der DSIRF ist eine andere Wiener Firma namens «DSR Decision Supporting Information Research Forensic GmbH». Und diese gehört wiederum der «Deep Dive Research Lab AG» mit Sitz in Liechtenstein.

Die Repräsentanz der Deep Dive Research Lab übernimmt die Schaaner Seeger und Seeger Treuhand AG. Genauso sitzt ein Mitarbeiter des Treuhandbüros im Verwaltungsrat der Deep Dive Research Lab AG. Auf Anfrage verweist die Seeger und Seeger Treuhand AG auf die Mitteilung von DSIRF, in der sie sich gegen die Darstellung von Microsoft verwehrt. Allerdings erklärt das Treuhandbüro zusätzlich, dass es die Angelegenheit weiter verfolgen «und – soweit notwendig – Massnahmen ergreifen» werde.

## Mehrfache Kontakte nach Russland

Bereits vor gut zehn Monaten sorgte die DSIRF GmbH für Aufsehen. So veröffentlichte das Onlineportal «Netropolitik» im Dezember 2021 eine Präsentation der Firma, in der sie ihre Subzero-Software vorstellte als ein «hochmodernes Überwachungstool», um Terro-

rismus, Kriminalität und Finanzbetrug zu bekämpfen.

Unter den in der Präsentation angeführten Referenzen der DSIRF findet sich eine illustre Gesellschaft. Unter anderem gehört dazu der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft oder das Unternehmen «Russian Machines» des mittlerweile sanktionierten russischen Oligarchen Oleg Deripaska.

Dies sind aber nicht die einzigen Verbindungen, die das Wiener Softwareunternehmen nach Russland unterhält. Laut Recherchen von «Focus» und «Tagesanzeiger» wurde DSIRF von dem aus Bayern stammenden Peter D. gegründet, der zuvor über ein Jahrzehnt in Moskau tätig war. An der Seite eines russischen Oligarchen war er damals für die Expansion des Lebensmittelkonzerns Rewe in Russland beteiligt. Nach Aussage des Oligarchen soll D. dabei nur ins Unternehmen gelangt sein, weil er über exzellente Kontakte in den Kreml verfügt.

Gute Verbindungen nach Russland besitzt wohl auch Stefan G., der im Verwaltungsrat der Schaaner Deep Dive Lab AG sitzt. Denn laut seinem LinkedIn-Profil war er für die russischen Ableger von Media Markt und Billa sowie für die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer tätig. Mittlerweile wohnt Stefan G. gemäss «Tagesanzeiger» in einem Mehrfamilienhaus in Graubünden.

# Zwei Stolpersteine in Vaduz verlegt

Sie sind nur 10 × 10 Zentimeter gross und doch das grösste dezentrale Mahnmal der Welt.

Am Mittwoch wurden in Vaduz zwei Stolpersteine in Gedenken an Gertrud und Alfred Rotter verlegt.

Es ist ein Projekt gegen das Vergessen. Seit 1992 verlegt der Künstler Gunter Demnig bzw. die Stiftung «Spuren – Gunter Demnig» sogenannte Stolpersteine, kleine im Boden verlegte Gedenktafeln, die an das Schicksal der Menschen erinnern, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. Heute gibt es in rund 30 europäischen Ländern rund 95 000 solcher Stolpersteine. Am Mittwoch, 31. August 2022, kamen zwei in Vaduz dazu – es sind die ersten in Liechtenstein.

## In Gedenken an Gertrud und Alfred Rotter

Im Rahmen einer kleinen Feier wurden die Stolpersteine in Gedenken an Gertrud und Alfred Rotter beim Brunnen an der Kreuzung Beckagässli – Städtle verlegt. Das ursprünglich aus Deutschland stammende jüdische Ehepaar stürzte am 5. April 1933, verfolgt von liechtensteiner Nationalsozialisten, unterhalb von Gaflei zu Tode.

Eine Interessensgemeinschaft kam mit dem Vorschlag auf die Gemeinde Vaduz zu, in Gedenken an die Geschehnisse vom 5. April 1933 einen zentralen Standort in Vaduz zu finden, um die Stolpersteine zu platzieren. Damit soll auch ein Einstehen gegen Extremismus und für Toleranz sowie die Stützung eines humanistischen Menschenbildes zum Ausdruck gebracht werden. «Der Gemeinde Vaduz war es ein grosses Anliegen, zusammen mit der Interessensgemeinschaft und den involvierten Familien einen relevanten Standort für die Platzierung der Stolpersteine zu finden», sagte Bürgermeister Manfred Bischof. «Es ist dies auch ein Zeichen, dass wir diesen dunklen Teil der liechtensteiner Geschichte nicht ver-



Katja Demnig von der Stiftung «Spuren – Gunter Demnig» verlegt die zwei Stolpersteine.

Bild: Gemeinde Vaduz (Julian Konrad)

drängen, sondern dass wir ihn aktiv aufarbeiten und daraus lernen, indem wir auch in unserem Alltag an diesen Steinen vorbeikommen und vielleicht kurz innehalten und die Inschrift lesen.»

## Verlegung kleiner Gedenktafeln

Dass die Zeit des Nationalsozialismus sehr viel Leid, Trauer und Unsicherheit auch für die nachfolgenden Generationen brachte, sollte nie vergessen werden, betonte auch Evelyne Bermann, Ehrenpräsidentin des Vereins der liechtensteiner Freunde von Yad Vashem. Sie

erzählte von den Erfahrungen ihres Vaters, der 1935 aus Deutschland einwanderte und als erfolgreicher Unternehmer tätig war. Nach 1940 wurde er jedoch regelmässig von der liechtensteinischen Regierung schikaniert. Es ging bis zum Berufsverbot. Und sie erzählte auch von ihren ganz persönlichen antisemitischen Erfahrungen, die noch gar nicht so lange zurückliegen, wie anonymen Telefonaten und Briefen. «Diese Stolpersteine mögen Ansporn sein, sich mit diesem Teil der liechtensteinischen Geschichte zu befassen», sagte Evelyne Bermann.

Die wissenschaftliche Seite beleuchtete Peter Kamber. Er schrieb die erste Biografie über die Gebrüder Fritz und Alfred Rotter, über ihre Glanzzeit als Bühnenkönige der Goldenen Zwanzigerjahre in Berlin, ihre Verfolgung durch das Nazi-Regime und über ihr Exil in Liechtenstein. Von liechtensteinischen Nationalsozialisten entführt und verfolgt, stürzten sie auf der Flucht in der Nähe von Gaflei zu Tode. «Es wird nie mehr zu ermitteln sein, ob Alfred Rotter und seine Frau Gertrud Rotter-Leers das auffällige, vielleicht von Weitem leuchtende Rot des

Pullovers eines der Täter auf sich zukommen sahen, als sie sich – in anhaltender Panik – bei Obmatu zu dem lebensgefährlichen Abstieg in den Bergwald oberhalb eines Felsabbruchs entschlossen (...)», so der Historiker.

In Anwesenheit der Interessensgemeinschaft und Vertretenden der damals involvierten Familien sowie Vertretenden der Gemeinde Vaduz setzte Katja Demnig von der Stiftung «Spuren – Gunter Demnig» die zwei Stolpersteine in Gedenken an Gertrud und Alfred Rotter, damit sie und ihr Schicksal nie vergessen werden. (pd)

## Gegen das Vergessen: Zwei Stolpersteine in Vaduz verlegt

**Mahnmal** Sie sind nur 10 x 10 Zentimeter gross und doch das grösste dezentrale Mahnmal der Welt. Am Mittwoch wurden in Vaduz zwei Stolpersteine in Gedenken an Gertrud und Alfred Rotter verlegt.

Es ist ein Projekt gegen das Vergessen. Seit 1992 verlegt der Künstler Gunter Demnig bzw. die Stiftung «Spuren - Gunter Demnig» sogenannte Stolpersteine, kleine im Boden verlegte Gedenktafeln, die an das Schicksal der Menschen erinnern, die in der Zeit des Nationalsozialismus verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. Heute gibt es in rund 30 europäischen Ländern rund 95 000 solcher Stolpersteine. Am vergangenen Mittwoch kamen zwei in Vaduz dazu - es sind die ersten in Liechtenstein.

### In Gedenken ans Ehepaar Rotter

Wie die Gemeinde Vaduz am Freitag weiter mitteilte, wurden im Rahmen einer kleinen Feier die Stolpersteine in Gedenken an Gertrud und Alfred Rotter beim Brunnen in der Kreuzung Beckagässli-Städtle verlegt. Das ursprünglich aus Deutschland stammende jüdische Ehepaar stürzte am 5. April 1933, verfolgt von liechtensteinischen Nationalsozialisten, unterhalb von Gaflei zu Tode.

Eine Interessensgemeinschaft kam den Angaben zufolge mit dem Vorschlag auf die Gemeinde Vaduz zu,



Katja Demnig von der Stiftung «Spuren - Gunter Demnig» verlegt die zwei Stolpersteine. (Foto: ZVG/Gemeinde Vaduz/Julian Konrad)

in Gedenken an die Geschehnisse vom 5. April 1933 einen zentralen Standort in Vaduz zu finden, um die Stolpersteine zu platzieren. Damit solle auch ein Einstehen gegen Extremismus und für Toleranz sowie die Stützung eines humanistischen Menschenbildes zum Ausdruck gebracht werden. «Der Gemeinde Vaduz war es ein grosses Anliegen, zusammen mit der Interessensgemeinschaft und den involvierten Familien einen relevanten Standort für die Platzierung der Stolpersteine zu

finden», wird Bürgermeister Manfred Bischof in der Medienmitteilung zitiert, und weiter: «Es ist dies auch ein Zeichen, dass wir diesen dunklen Teil der liechtensteinischen Geschichte nicht verdrängen, sondern dass wir ihn aktiv aufarbeiten und daraus lernen, indem wir auch in unserem Alltag an diesen Steinen vorbeikommen und vielleicht kurz innehalten und die Inschrift lesen.» Dass die Zeit des Nationalsozialismus sehr viel Leid, Trauer und Unsicherheit auch für die nachfolgenden

Generationen brachte, sollte nie vergessen werden, habe auch Evelyne Bermann, Ehrenpräsidentin des Vereins der liechtensteinischen Freunde von Yad Vashem, betont. Sie erzählte von den Erfahrungen ihres Vaters, der 1935 aus Deutschland einwanderte und als erfolgreicher Unternehmer tätig war. Nach 1940 wurde er jedoch regelmässig von der liechtensteinischen Regierung schikaniert. Es ging bis zum Berufsverbot. Und sie erzählte auch von ihren ganz persönlichen antisemitischen Erfah-

rungen, die noch gar nicht so lange zurückliegen, wie anonymen Telefonaten und Briefen. «Diese Stolpersteine mögen Ansporn sein, sich mit diesem Teil der liechtensteinischen Geschichte zu befassen», sagte Evelyne Bermann gemäss der Medienmitteilung.

### Verlegung kleiner Gedenktafeln

Die wissenschaftliche Seite beleuchtete Peter Kamber. Er schrieb die erste Biografie über die Gebrüder Fritz und Alfred Rotter, über ihre Glanzzeit als Bühnenkönige der Goldenen 1920er-Jahre in Berlin, ihre Verfolgung durch das Nazi-Regime und über ihr Exil in Liechtenstein. Von liechtensteinischen Nationalsozialisten entführt und verfolgt, stürzten sie auf der Flucht in der Nähe von Gaflei zu Tode. «Es wird nie mehr zu ermitteln sein, ob Alfred Rotter und seine Frau Gertrud Rotter-Leers das auffällige, vielleicht von Weitem leuchtende Rot des Pullovers eines der Täter auf sich zukommen sahen, als sie sich - in anhaltender Panik - bei Obmatu zu dem lebensgefährlichen Abstieg in den Bergwald oberhalb eines Felsabbruchs entschlossen (...), so der Historiker.

In Anwesenheit der Interessensgemeinschaft und Vertretenden der damals involvierten Familien sowie Vertretenden der Gemeinde Vaduz setzte Katja Demnig von der Stiftung «Spuren - Gunter Demnig» schliesslich die zwei Stolpersteine in Gedenken an Gertrud und Alfred Rotter, damit sie und ihr Schicksal nie vergessen werden. (red/pd)

## Aktuelle Stunde

### Radikalisierung in Krisenzeiten

**VADUZ** Die Freie Liste (FL) widmete die Aktuelle Stunde dem Thema «Krisen und gesellschaftliche Dysfunktion begünstigen Radikalisierung - wie weit darf diese gehen und wie soll die Politik diesem Phänomen begegnen?» Die aktuellen und andauernden Krisen sind eine enorme Belastung für die Einzelnen und die Gesellschaft, so die FL. Zudem hätten Populisten leichtes Spiel, weil sie einfache Lösungen und den Erhalt des Status quo versprechen, was zu einer echten Gefahr für die Demokratie werden kann. Die FL-Fraktion wollte deshalb von den Abgeordneten des Landtages wissen, wie weit

Aktivismus und Radikalisierung ihrer Meinung nach gehen darf und ab welchem Punkt von staatlicher Seite reagiert werden muss. Auch war gefragt, was die Politik unternehmen kann, um aktiv und präventiv gegen Radikalisierungstendenzen in der Gesellschaft vorzugehen und wie die Politik verhindern kann, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrössert. Die Wortmeldungen waren vielseitig, eine Lösung konnte innert einer Stunde jedoch keine gefunden werden. Wichtig war für die Abgeordneten, dass man sich aktiv mit den Sorgen der Menschen auseinandersetzt und sich wieder mehr zuhört. Auch wurde von mehreren Seiten der schädliche Einfluss sozialer Medien und dadurch geförderte Schwarz-Weiss-Denken kritisiert. (red)



# «Ein jüdischer Begegnungsort fehlt»

Den Verein «Jüdische Gemeinschaft in Liechtenstein» gibt es erst seit knapp zwei Jahren – den ersten seit 1954.

Simone Quaderer

In Liechtenstein gab es lange keine jüdische Gemeinde, keine Synagoge und auch keinen jüdischen Friedhof. Das hat sich mittlerweile geändert. Seit 2020 gibt es auch hierzulande eine jüdische Gemeinschaft.

## Erster jüdischer Verein seit 1954

Gemäss Volkszählung von 2015 leben in Liechtenstein 27 Personen, die sich dem jüdischen Glauben zugehörig fühlen. Der erste jüdische Verein in Liechtenstein seit 1954 formierte sich erst vor knapp zwei Jahren. Dabei geht die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft hierzulande bis ins 17. Jahrhundert zurück, als sich während des Dreissigjährigen Krieges erstmals Juden in Vaduz-Schellenberg niederliessen. Ab den 1920er-Jahren zogen erst vereinzelt und in den 1930er-Jahren vermehrt Juden zu.

Besonders die Verfolgung der Juden durch Nazi-Deutschland ab 1933 führte zu diesen Einwanderungen. Insgesamt fanden in der Zeit des Zweiten Weltkriegs rund 230 jüdische Flüchtlinge vorübergehend Schutz in Liechtenstein. Bis zum Kriegsende 1945 lebten durchgehend etwa 120 ausländische jüdische Personen in Liechtenstein, was ungefähr ein Prozent der Wohnbevölkerung entsprach. Mit dem «jüdischen Hilfskomitee für Liechtenstein» half man ab Herbst 1940 allen ausländischen Juden in Liechtenstein durch Beiträge. Kurz nach Kriegsende emigrierte die Mehrzahl der Ju-



Chanukka oder Lichterfest ist ein jährliches Fest, das acht Tage lang dauert.

Bild: Keystone

den und der Verein wurde 1954 aufgelöst. Seit über 60 Jahren bestand also keine offizielle jüdische Gemeinschaft.

## Verein bietet Holocaust-Erziehungsarbeit an

Dem wirkte Anna Winter von der jüdischen Gemeinschaft Liechtenstein und andere Reli-

gionsangehörige entgegen. Ge-gründet kurz vor der Pandemie, besteht der Verein seit knapp zwei Jahren. Die Gemeinschaft hatte laut Winter aber noch wenig Gelegenheiten, Anlässe durchzuführen. Zudem gäbe es keinen jüdischen Begegnungsort in Liechtenstein, sagt Winter. Die nächstgelegene Israeli-

tische Kultusgemeinde ist in St. Gallen, wo sich auch eine Synagoge befindet. So feierte die liechtensteinische Gemeinschaft bisher zweimal Chanukka – einer der höchsten Feiertage des Judentums – für Juden in Liechtenstein oder Personen, die sich zugehörig fühlten.

Denn es ist nicht ganz eindeutig zu beantworten, wer letztlich ein Jude ist. So wird man nach Auffassung der Religion zunächst einmal als Jude geboren. Das Konvertieren ist nur unter bestimmten Bedingungen möglich. Die Juden bilden nicht nur eine Religionsgemeinschaft, sondern ein Volk. Seit 1948 gibt es wieder einen jüdischen Staat, den Staat Israel. Von den knapp acht Milliarden Menschen auf der Welt gehören circa zwei Milliarden dem Christentum an und 1,5 Milliarden dem Islam. Die Zahl des Judentums hingegen ist mit einer Anhängerschaft von 15 Millionen gering. Die Vernichtung der Juden im Nationalsozialismus hat Wunden hinterlassen: Der Shoah fielen etwa sechs Millionen Juden zum Opfer. Ein weiterer Grund für die geringe Anzahl ist, dass Juden nicht missionieren – sie werben also nicht neue Anhänger für ihre Religion an. Auch nicht anwerben, aber informieren will

die jüdische Gemeinschaft in Liechtenstein. Der Verein bietet sich als Ansprechpartner für die jüdische Religion und Kultur an. Zur Holocausterziehungsarbeit hat die Gemeinschaft einen Leitfaden für Lehrpersonen ausgearbeitet, der Schulklassen für den Unterricht zur Verfügung steht. Zusätzlich bietet der Verein auch von ihnen durchgeführte spezielle Unterrichtslektionen an.

## Neuer Bericht über religiöse Vielfalt

Die meisten Menschen in Liechtenstein sind katholisch – rund 70 Prozent der Einwohner sind der katholischen Kirche zugehörig. Was vielen nicht bewusst ist: Daneben gibt es mindestens zehn andere aktive Religionsgemeinschaften im Land. Das zeigt ein Bericht des Vereins für Menschenrechte in Liechtenstein (VMR), der heute Abend am Liechtenstein Institut in Bendorf vorgestellt wird. Im Vorfeld der Veröffentlichung stellte das «Vaterland» in den letzten Tagen ausgewählte Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Glaubensgemeinschaften in Liechtenstein vor. (vb)

# Internationale Empfehlungen zur Verbesserung der Situation von LGBTQIA+-Menschen

**Thema** Im weltweiten Vergleich steht es in Liechtenstein verhältnismässig gut um die Rechte von LGBTQIA+-Personen. Was nicht heisst, dass es nichts zu tun gäbe, so Karin Lingg vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten (AAA).

VON GABRIELLA ALVAREZ-HUMMEL

**W**elche internationalen Verpflichtungen gibt es für Liechtenstein in Bezug auf LGBTQIA+-Themen? Die simple Antwort ist: Es gibt zwar keine spezifische Konvention gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, so Karin Lingg. Jedoch geniessen LGBTQIA+-Personen denselben Schutz und dieselben Grundrechte wie alle Menschen. Etwa Schutz vor Diskriminierung, Recht auf Leben sowie Schutz vor Gewalt.

Nichtsdestotrotz ist es bei der Überprüfung der Menschenrechtssituation in Liechtenstein durch den UNO-Menschenrechtsrat auch schon zu Empfehlungen zur Verbesserung der Lebenssituation von LGBTQIA+-Personen gekommen. Zuletzt 2018. Die Empfehlungen, so Karin Lingg, lauteten: «Erstens, dass wir unsere Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierung gegenüber diesen Personengruppen weiterführen und die soziale Inklusion verbessern. Zweitens, dass ein geschlechtsspezifischer Ansatz bei der Bestimmung



Karin Lingg. (Foto: Paul Trummer)

der Flüchtlingseigenschaft gewährleistet wird, um Opfer von sexueller oder geschlechtsspezifischer Gewalt identifizieren zu können.» Hinzu kam 2018 eine Empfehlung durch die Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), die insgesamt zwar eine erhebliche Verbesserung in der gesellschaftlichen Einstellung gegenüber LGBTQIA+-Personen in Liechtenstein festgestellt hat, jedoch eine Studie anregte über die Probleme, die sie erleben und welche Massnahmen zur Behebung dieser Probleme ergriffen werden sollten.

Eine weitere Empfehlung im Rahmen der Berichterstattung der UNO-Frauenrechtskonvention verlangte zudem, erzwungene geschlechtsangleichende Operationen zu verbieten und Beratungsvorgaben zu schaffen. Was geschieht mit diesen Empfehlungen? Karin Lingg erklärt: «Die Regierung nimmt die Empfehlungen zur Kenntnis. Dann werden sie in der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe «Menschenrechte» behandelt und den Amtsstellen zur Prüfung vorgelegt. Schliesslich obliegt es den

Zum Thema «Ehe für alle» gab es bisher noch keine Empfehlungen, so Karin Lingg: «Der Diskurs auf internationaler Ebene kreist stark um das Verbot von Diskriminierung und Kriminalisierung. In vielen Ländern sind noch nicht einmal grundlegende Rechte, wie Schutz vor Gewalt, für LGBTQIA+-Personen gewährleistet.» Hier liegt auch der Fokus für das AAA: «Wir beobachten und gestalten den internationalen Diskurs mit. Menschenrechte sind keine Selbstverständlichkeit. Menschenrechte - für LGBTQIA+-Personen, aber auch für alle anderen - müssen immer wieder verteidigt werden.» (pr)

ANZEIGE



AMT FÜR SOZIALE DIENSTE  
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

FACHBEREICH CHANCENGLEICHHEIT

## BROSCHÜRE FÜR ANGEHÖRIGE VON TRANS MENSCHEN

Sensibilität für LGBTQIA+-Themen hilft ganz konkret, das alltägliche Leben für diese Menschen zu verbessern. Der Verein Flay, der Fachbereich Chancengleichheit vom Amt für Soziale Dienste und der Verein für Menschenrechte haben die Broschüre «Junge? Mädchen? Oder ...? Ein Ratgeber für Angehörige von trans Menschen» herausgegeben, die sich an Eltern und andere Angehörige von trans Menschen richtet. Im November folgt eine Broschüre zum Thema Coming-out mit dem Titel «Homosexuell? Bisexuell? Oder ...? Ein Ratgeber zum Coming-out».

Die Broschüren können online unter [www.asd.liv.li](http://www.asd.liv.li) bezogen werden.

# Hoffnung und Nächstenliebe im Angesicht des Terrors

**Bendern** «Die lokale Bevölkerung ist machtlos gegen die scheinbare Unbesiegbarkeit der aus Nigeria stammenden Terrorgruppen», klagt Bruno Ateba, Bischof von Maroua-Mokolo, der auf Einladung des katholischen Hilfswerks Kirche in Not (ACN) am Dienstag um 19 Uhr mit den Gläubigen einen Gottesdienst feierte und anschliessend einen Vortrag hielt. In seiner Predigt erzählte er von seinem Bistum im Norden Kameruns, in dem schon Missionare entführt und erst gegen Lösegeld freigelassen wurden und in dem sich aufgrund der Anschläge der islamistischen Sekte Boko Haram (etwa: «Westliche Bildung ist tabu») in Nordnigeria etwa 75 000 Flüchtlinge aufhalten. Dazu gibt es noch 31 000 kamerunische Binnenflüchtlinge, die ebenfalls vom Boko-Haram-Terror betroffen sind. Das Bistum kümmert sich um all diese Menschen, eine zusätzliche Herausforderung sind die vielen Strassenkinder. «Ein Strassenkind sagte einmal zu mir: «Zum Geburtstag wünsche ich mir, dass ich in die Schule gehen, sauberes Wasser trinken, ein Krankenhaus besuchen und einmal täglich etwas Gesundes essen kann», erzählte Bischof Ateba in seiner Predigt.



Diese Woche hat Kirche in Not (ACN) zur «Red Week» ausgerufen. Der weltweiten Aktion schloss sich auch Bendern an. Rechts im Bild Bischof Bruno Ateba Edo SAC, zusammen mit Mesmerin Christine Hasler. Bilder: pd

Die Mesmerin Christine Hasler hatte «richtig Vorfreude – und

wir haben uns auf diesen Besuch vorbereitet und im Gedenken an

die christlichen Märtyrer auch den Kirchturm rot angestrahlt.

Es war ein Erlebnis, diesen Bischof kennenzulernen.» (pd)

## Austausch über die aktuellen Herausforderungen in Brüssel

Gestern trafen sich in Brüssel die Ministerinnen der EU- und Schengen-Staaten zu einem hochrangigen Austausch über die aktuellen Herausforderungen für Europa in den Bereichen Migration und innere Sicherheit sowie die aktuelle Lage des Schengen-Raums. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni nahm für Liechtenstein an den Diskussionen teil.

Am Schengen-Rat wurde Einigkeit erzielt, dass Kroatien sämtliche Voraussetzungen erfüllt, um vollständiges Schengen-Mitglied zu werden. Somit können Bürgerinnen und Bürger so-

wie Unternehmen aus Kroatien ab 1. Januar 2023 ohne Grenzkontrollen in den Schengen-Raum reisen. Die EU verspricht sich durch diese Erweiterung eine Stärkung des Aussengrenzschutzes und somit des Schengenraums. Mangels Konsens zwischen den Mitgliedstaaten konnte die ebenfalls geplante Erweiterung auf Rumänien und Bulgarien jedoch noch nicht umgesetzt werden. Als assoziiertes Schengen-Mitglied wird Liechtenstein die weiteren Entwicklungen auf europäischer Ebene eng verfolgen.

Nicht nur beim Schengen-Rat nahm die Regierungschef-



Pascal Schafhauser, Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni, Christine Schraner Burgener und Rita Adam. Bild: ikr

Stellvertreterin teil, sondern auch an den Diskussionen im EU-Innenministerrat. Hier diskutierten die Ministerinnen die Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung, die Auswirkungen des russischen Kriegs in der Ukraine sowie die Lage im Asyl- und Migrationsbereich. Eine aktive Teilnahme an diesen Diskussionen ist für Liechtenstein als Land mitten in Europa sehr wichtig, wie Regierungschef-Stellvertreterin Monauni betonte. Der Aufenthalt in Brüssel konnte so auch dazu genutzt werden, um auf die herausfordernde Situation im Flüchtlingsbereich in Liechtenstein hinzu-

weisen. Mit Blick auf die Wintermonate bereiten sich auch viele andere europäische Staaten auf ansteigende Migrationsbewegungen aus der Ukraine vor. Den Ministerinnen und Ministern war dabei klar, dass Europa diese Flüchtlingskrise nur gemeinsam bewältigen kann.

Neben der Teilnahme an den beiden Räten ermöglichte die Reise nach Brüssel Regierungschef-Stellvertreterin Monauni auch das Führen von bilateralen Gesprächen, insbesondere mit der Schweiz, mit welcher Liechtenstein auch im Asyl- und Migrationsbereich eng zusammenarbeitet. (ikr)

# Liechtenstein strafft strenger als Schweiz

Seit Ausbruch der Pandemie wurden Stimmen zum stärkeren Verbot von Nazi-Symbolen in der Schweiz laut.

Colin Nutt

Die Diskussion über Nazi-Symbole in der Schweiz ist entbrannt. Als in der Coronazeit Symbole wie das Hakenkreuz benutzt wurden, um den Staat mit einem autoritären Regime zu vergleichen, wurden Stimmen nach einem endgültigen Verbot von Nazi-Symbolik laut. Das Schweizer Gesetz ist – aus Angst vor der Einschränkung der Meinungsfreiheit – absichtlich schlank und wenig konkret formuliert. Bisher lehnte der Schweizer Bundesrat die Forderungen nach einer Verschärfung ab, worauf er harsche Kritik erntete. Als Antwort beauftragte die Bundesrätin Karin Keller-Sutter das Bundesamt für Justiz, die Gesetzeslage bezüglich des Nazi-Symbolverbotes zu untersuchen. In dieser sollte geklärt werden, ob eine Verschärfung überhaupt nötig oder sogar möglich ist.

## Der Bundesrat will das Gesetz beim Alten behalten

Die Abklärung des Bundesamtes für Justiz hat ergeben, dass die öffentliche Zurschaustellung von Nazi-Symbolen in der



In der Schweiz wurden nach den Protesten wieder Stimmen zum Nazi-Symbolverbot laut. Bild: Keystone

Schweiz strafbar ist. Nämlich wenn das Ziel verfolgt wird, für eine Ideologie zu werben oder Angehörige einer Ethnie oder Rasse herabzusetzen.

Die wenig konkrete Gesetzgebung führt aber auch zu Freisprüchen von Rechtsextremen. So wurde ein Mann, der auf

einer rechtsextremen Demonstration auf dem Rütli den Hitlergruss zeigte, vom Gericht freigesprochen. Die Begründung des Gerichtes ist, dass er den Gruss unter Gleichgesinnten durchführte, die er nicht mehr von seiner Ideologie überzeugen musste. Damit hat

er nicht gegen das Schweizer Gesetz verstossen, weil er nicht für die Ideologie geworben hatte. In Liechtenstein würde sein Strafmass jedoch anders aussehen.

Weiter stiess das Bundesamt für Justiz auf ein Problem für eine Erweiterung des Geset-

zes. Es ist nicht bei allen Symbolen klar, ob sie als rechtsextrem oder diskriminierend zu werten sind. Ein Beispiel hierfür ist die Zahl 88: In der rechtsextremen Szene steht sie für «Heil Hitler». Eine Norm «wäre zwar technisch möglich, es ist aber fraglich, ob bezüglich Praktikabilität eine überzeugende Lösung gefunden werden könnte»; mit dieser Aussage empfiehlt das Bundesamt für Justiz, die Gesetzgebung nicht zu überarbeiten.

## Liechtenstein bestraft Nazi-Symbole streng

Die rechtliche Lage in Liechtenstein sieht stärkere Bestrafungen vor. Wie das Amt für Justiz mitteilt, werden alle «Verhaltensweisen, die man aufgrund ihrer sozialschädigenden Auswirkungen nicht tolerieren möchte», unter Strafe gestellt. Laut Gesetz macht sich jede Person, die auf liechtensteinischem Staatsgebiet ein diskriminierendes oder nationalsozialistisches Symbol öffentlich trägt, strafbar. Der Strafrahmen für Vergehen dieser Art beträgt bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe. Wer

Rechtsextremismus oder Rassismus im privaten Raum betreibt, kann strafrechtlich nicht belangt werden.

2016 wurde die Gesetzgebung der Diskriminierungsmerkmale weiter verschärft. Auf eine Empfehlung der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) erweiterte Liechtenstein die Diskriminierungsmerkmale. Neben den bestehenden Merkmalen Religion, Ethnie und Rasse wurden sie durch Sprache, Nationalität, Weltanschauung, Alter, Behinderung, Geschlecht und sexuelle Ausrichtung ergänzt. Alle Symbole die – in der Öffentlichkeit – eine Diskriminierung der vorig genannten Merkmalen vertreten oder begünstigen, sind in Liechtenstein verboten und können strafrechtlich verfolgt werden.

Für Liechtenstein ist eine Veränderung des Gesetzes in nächster Zeit nicht zu erwarten. «Die Anwendung der liechtensteinischen Diskriminierungsstrafnorm funktioniert in der Praxis gut», erklärt der Leiter des Amtes für Justiz, Martin Aige.